

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder
sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 45.

Erscheint alle Sonnabend.
Abonnementspreis 1.50 Mk. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbekerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,

Sonnabend, 7. November 1908.

Anzeigen kosten die 4 gespaltene Petitzeile
oder deren Raum 40 Pfg. (der Betrag ist
stets vorher einzusenden.)
Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile.

22. Jahrg.

Kollegen! Agitiert für den Verband.

Schutz gegen den Kontraktbruch der Arbeiter

Ueber dieses Thema stellt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ Betrachtungen an, zu denen wir ein paar kritische Bemerkungen machen wollen. Der Artikelschreiber behauptet einleitend, daß es in der Mehrzahl der Fälle gerade die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter seien, die unter dem Einfluß ihrer Gauleiter und Vertrauensmänner den Kontraktbruch, der als Erpressung bezeichnet werden müsse, gewerksmäßig betreiben und dadurch das Märchen von der erzieherischen Wirkung des Gewerkschaftsgedankens widerlegten. Das ist natürlich eine Unwahrheit, denn jeder Kenner weiß, daß das Gegenteil der Fall ist. Gerade die Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß man abgeschlossene Verträge achten und halten muß, während manche Arbeitgeber die Gelegenheit benutzen, um sich zu drücken, oder nachträglich Bestimmungen treffen, die gegen den Tarif verstoßen, wie es z. B. bei der Hamburger Malerinnung der Fall ist.

Der Artikelschreiber kommt merkwürdigerweise nicht, wie die meisten seiner Klassengenossen, zu dem Resultat, daß der Kontraktbruch unter öffentliche Strafe gestellt werde. Vielleicht hat er die Empfindung, daß die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs manchem Arbeitgeber verhängnisvoll werden könnte. Deshalb meint er, daß die privatrechtliche Pfandnahme des Kontraktbrüchigen Arbeiters genüge, da hierdurch der Arbeitgeber das Mittel in der Hand habe, den Arbeiter dort zu treffen, wo er am empfindlichsten sei, nämlich am Geldbeutel. Allerdings ist die Sache nicht so einfach, wie sie aussieht. Wird ein Arbeiter kontraktbrüchig, so ist der Arbeitgeber berechtigt, auf Erfüllung des Arbeitsvertrages und auf Ersatz des ihm durch die kontraktwidrige Arbeitsniederlegung entstandenen Schadens Klage zu erheben. Beides wird ihm in der Regel wenig oder gar nichts nützen. Die Klage auf Erfüllung des Arbeitsvertrages wird bei dem naturgemäß bürokratisch langsamen Gerichtsverfahren und den im allgemeinen kurzen Kündigungsfristen stets zu spät kommen, und die Klage auf Schadenersatz wird meistens auch nur Zeitversummisse und Kosten verursachen, da die Mehrzahl der kontraktbrüchigen und streiklustigen Arbeiter in der Regel vermögenslos oder wenigstens unpfändbar ist, im Gegensatz zu den fleißigen, soliden, zum Streit weniger neigenden Elementen, die, wie man aus der preussischen Sparlasterstatistik zu schließen berechtigt ist, ganz stattliche Sparbeiträge ihr eigen nennen müssen. Als einziges wirksames Mittel bleibt dem Arbeitgeber demnach nur die Einbehaltung des verdienten Lohnes übrig.“

Weider aber, so fährt der Artikelschreiber fort, steht auch dies Mittel meistens nur auf dem Papier, da die Arbeiter so schlau sind, erst dann kontraktbrüchig zu werden, wenn sie ihren Lohn in der Tasche haben. Dann hat der Arbeitgeber das Nachsehen. Will der Arbeitgeber sich wirklich gegen Kontraktbruch sichern, oder will er wenigstens dem Arbeiter die vertragswidrige Arbeitsniederlegung möglichst erschweren, so muß er offenbar danach trachten, jederzeit von ihm ein Vermögensobjekt, eine Kaution in Händen zu haben. Aus diesem Grunde ist jedem Arbeitgeber anzuraten, sich bei Beginn des Arbeitsverhältnisses von dem einzustellenden Arbeiter eine Kaution stellen zu lassen. Vermag er diese nicht in bar zu hinterlegen, so kann sie aus Lohnabzügen angesammelt werden. Voraussetzung für ein solches Lohnabzugsverfahren ist natürlich, daß es bei Eingehung des Arbeitsverhältnisses ausdrücklich vereinbart wird. Die Kaution bezw. die abgezogenen Lohnbeiträge müssen selbstverständlich zum üblichen Zinsfuß verzinst werden. Zwecks Vereinfachung der Kontrolle und Rechnungsführung werden derartige Gelder zweckmäßig auf Sparlasterkonten angelegt. Nach dem heutigen Stande der Gesetzgebung, der sich in absehbarer Zeit nicht ändern dürfte, ist für den Arbeitgeber das einzige Präventivmittel gegen Kontraktbruch der Arbeiter eine vom Arbeitnehmer in Höhe des durchschnittlichen Wochenlohnes zu stellende Kaution.“

Von dieser Kautionsstellung verspricht sich der Artikelschreiber Vorteile materieller und moralischer Art für den Arbeitgeber. „Der zielbewussteste Genosse wird lieber ordnungsgemäß kündigen, ehe er einen Wochenlohn auf das Spiel setzt, und es besteht die Möglichkeit, daß er während der Zeit von der Kündigung bis zum Arbeitsaustritt wieder zur Vernunft kommt und bei ruhiger Ueberlegung es schließlich doch vorzieht, bei den Fleischtöpfen Egyptens zu bleiben. Hier heißt es oft: Zeit gewonnen, alles gewonnen. Auf der andern Seite kann der Unternehmer, falls ordnungsgemäß gekündigt wird, immerhin die dringendsten Aufträge fertigstellen, er kann sich beizeiten nach Ersatzkräften umsehen, kann anders disponieren, und kapitalschwachen Arbeitgebern wird die verfallende Kaution, zumal bei einer größeren Anzahl kontraktbrüchiger Arbeiter, eine willkommene finanzielle Beihilfe sein.“

Man kann das Bestreben der Arbeitgeber, sich der Arbeiter auf diese Weise zu versichern, wohl verstehen, aber man wird es uns nicht verdenken, wenn wir die Gegenfrage stellen, wer denn dem Arbeiter die Sicherheit gibt, daß er seinem Arbeitgeber gegenüber zu seinem Rechte kommt. Wir könnten aus unserm Gewerbe schon genug Beispiele anführen, daß der Unternehmer keinen Bohn zahlen konnte, ja sogar sind die Fälle nicht selten, in denen die von den Arbeitern eingezahlten Versicherungs- und Krankenlasterbeiträge nicht mehr da waren, wenn der Kassierer kam. Und wer schützt nun den Arbeiter, wenn sein Arbeitgeber ein fauler Kunde ist und ihn nicht nur um den rückständigen Lohn prellt, sondern auch die einbehaltene Kaution verpulvert hat? — Alle diese Punkte wurden von unseren Vertretern bei den Tarifverhandlungen zu Berlin ins Feld geführt, da vom Arbeitgeberverband nach bekanntem Muster ebenfalls versucht wurde, in den sogen. Normaltarif einen Passus aufzunehmen, der lautete: „Für Schaden, der dem Arbeitgeber durch Kontraktbruch des Gehülfsen entsteht, hat derselbe aufzukommen. Zur Deckung eines solchen Schadens ist der Arbeitgeber berechtigt, von dem Lohne des Gehülfsen jede Woche 1 A bis zum Höchstbetrag eines Wochenlohnes als Kaution einzubehalten.“ Die Unparteiischen lehnten aber bekanntlich diesen Passus ab mit der Begründung, „daß die beantragte Art der Ansammlung einer Kaution gegen die Bestimmungen des Lohnbeschlagnahmengesetzes verstößt. Auch bieten bei der großen Zahl wenig kapitalkräftiger Betriebe im deutschen Malergewerbe nicht alle Meister ohne Unterschied eine solche Sicherheit, daß ihnen allgemein die Verwahrung der Kauttionen unbedenklich übertragen werden könnte.“ — Das ist die Rehrseite der Medaille und wir möchten wohl wissen, was der Gelehrte der „Arbeitgeberzeitung“ hierzu sagt.

Daran denkt der Artikelschreiber nicht, denn er vertritt einseitige Arbeitgeberinteressen, wenn er auch von Recht und Sozialmoral spricht. Aber in anderer Beziehung steigen ihm doch Bedenken auf. „Es wirft sich nämlich die Frage auf, ob die andere Partei der beiden Kontrahenten des gewerblichen Arbeitsvertrages, die Arbeitnehmer, ohne weiteres mit ihr einverstanden sein würden. Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Die Arbeiter haben das natürliche Bestreben, sich möglichst wenig zu binden, und durch Stellung einer Kaution, die unter allen Umständen den Kontraktbruch wenigstens erschwert, würden sie sich fraglos bei Arbeitsstreitigkeiten eines akut und leider prompt wirkenden Pressionsmittels begeben. Und es ist zuzugeden, daß der einzelne Arbeitgeber, wenn es sich nicht um besonders kapitalkräftige, bestfundierte Firmen handelt, die Forderung der Kautionsstellung kaum wird durchsetzen können. Aber was dem einzelnen unmöglich ist, dürfte einer Zielheit, einer Koalition, sehr leicht fallen; mag der einzelne Arbeitgeber machtlos sein, ein Verband von Arbeitgebern setzt die Forderung ohne Schwierigkeit durch. Die Mitglieder von Arbeitgeberverbänden, die einen Arbeitsnachweis, vor allem den mit obligatorischer Benutzung, eingerichtet haben, sind ohnehin vor Kontraktbruch ihrer Arbeiter nahezu geschützt, da ein kontraktbrüchiger Arbeiter im Wirkungskreise des Nachweises so bald keine Arbeit er-

hielte. Doch würden auch diese straff organisierten, vornehmlich in den großen Städten und Industriezentren domizilierenden Verbände die Kontraktbrüche besonders der jungen, unheirateten und daher leicht zur Fluktuation neigenden Elemente auf ein Minimum reduzieren, wenn sie in ihren Statuten ihre Mitglieder obligatorisch verpflichten, sich von jedem Arbeiter eine Kaution in Höhe des Wochenlohnes geben zu lassen, die im Falle des Kontraktbruches verfallen wäre. Auch die Streikentschädigungsgesellschaften könnten in diesem Sinne auf ihre Mitglieder einwirken, da einmal, wie wir gesehen haben, aus psychologischen Gründen die Kaution, indem sie den Kontraktbruch erschwert und zu ordnungsmäßiger Kündigung veranlaßt, die Zahl der raschen, unüberlegten Streiks vermindert, andererseits die dem bestreikten Mitglieder zu zahlenden Unterstützungssummen um den Betrag der verfallenden Kauttionen gekürzt werden könnten. Der Effekt wäre in beiden Fällen eine finanzielle Stärkung der Entschädigungsgesellschaften.“

Für diejenigen Arbeitgeberverbände, die aus irgendwelchen Gründen noch keinen Arbeitsnachweis errichtet haben und auch keiner Streikentschädigungsgesellschaft angehören, empfiehlt es sich natürlich um so mehr, ihren Mitgliedern statutarisch zur Pflicht zu machen, sich von ihren Arbeitern als Sicherung gegen Kontraktbruch je einen Wochenlohn zur Verfügung stellen zu lassen. Einem etwaigen Widerspruch seiner Arbeiter könnte jeder Arbeitgeber mit dem Einwand begegnen, daß der Verband, dem er angehöre, den Beschluß obligatorisch und für alle seine Mitglieder bindend gefaßt habe.“

Ohne Zweifel müssen die Arbeiter aller Branchen die größten Anstrengungen machen, um sich gegen die arbeitereindlichen Pläne der Arbeitgeber zu schützen. Hierzu sind natürlich die Gewerkschaften das wichtigste und wirksamste Mittel. Man sieht auch hier wieder, daß die Aufgaben der Gewerkschaften immer noch zunehmen und daß die Zentralverbände sich immer mehr zu Bollwerken und Schutzwällen gegen kapitalistischen Uebermut entwickeln. Und besonders in den Krisenjahren, in denen wir uns augenblicklich befinden, ist die Gewerkschaft doppelt nötig. Man lese nur: „Gerade die Zeiten darniederliegender Konjunktur sind geeignet, derartige Beschlässe zur Tat werden zu lassen. Auf der Höhe wirtschaftlicher Konjunktur wird es auch einem kräftigen, finanzstarken Arbeitgeberverband schwer fallen, die Forderung der Kautionsstellung der Arbeiterschaft abzurufen.“

Kann es den Arbeitern wohl deutlicher zu Gemüte geführt werden, welch heller Wahnsinn es ist, in den Zeiten der Krise die Gewerkschaft im Stiche zu lassen? In den Zeiten darniederliegender Konjunktur sollen die Arbeiter mürbe gemacht und geknebelt werden. Und das sollten wir uns gefallen lassen? Niemermehr!

Arbeiter- und Unternehmerinteressen in Krisenzeiten.

Die Arbeiterschaft sieht Zeiten, in denen durch großes Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den ärmeren Volksteilen Not und Elend Einzug halten und infolge der dann unausbleiblichen sozialen Rückschläge der erklommene Kulturzustand des Volkes herabzusinken droht, mit großer Besorgnis entgegen; diese wird bei dem fortgeschrittenen, denkfähigen Teil der Arbeiter allerdings gemildert durch das Gefühl einer gewissen Sicherheit durch die Zugehörigkeit zu einer Organisation und die feste Ueberzeugung, daß in Zeiten der wiederkommenden besseren Konjunktur Verlorengangenes zurückerobert werden wird. Anders das Unternehmertum. Dieses sieht in solchen Zeiten, wie sich kürzlich mit herzerfrischender Offenheit die berühmte „Arbeitgeberzeitg.“ ausdrückte, „einen Prozeß der Erholung und Gesundung“. Deutlicher noch wurde das Blatt evangelischer Pastoren, der fromme „Reichsbote“, der sich wie folgt vernehmen ließ:

„In weiten Kreisen der Industrie wird das Sinken der Konjunktur vielfach als ein kleineres Uebel angesehen, als wenn die Industriearbeiter, wie es beim Bauern der besseren Verhältnisse wahrscheinlich der Fall gewesen, ihre Anbrüche und Forderungen weiter über-

trieben und überschoben hätten. In der Industrie wird also vielfach der Eintritt magerer Jahre als ein Bundesgenosse geschätzt, um die Ansprüche der Arbeiter zu dämpfen.

Und die „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“, die im Solbe des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des Herrn Bueck, steht, schrieb voller Genugtuung:

„Die Beschränkung des Lebenszuzchnitts, die man sich heute an vielen Stellen gefallen lassen muß, wird, so hoffen wir, aber auch dem inneren Menschen, seinem moralischen Gefühl, seiner Tatkraft und seinem Fleiß förderlich sein. . . .“

Man sieht, die Unternehmer sehen es von Zeit zu Zeit, wenn ihnen die fetten Jahre gesteigerter Produktion die Taschen und die Reservesfonds gehörig gefüllt haben, nicht ungern, wenn die Arbeiter durch Entbehrungen aller Art dahin gebracht werden, daß sie „ihre Ansprüche und Forderungen nicht weiter übersteigen und überschrauben“ und von der „Sucht nach immer größerem Erwerb“, wie die „D. volkw. Korresp.“ an anderer Stelle sich äußerte, lassen. In solchen Zeiten lernen die Arbeiter nach Meinung des Unternehmertums dessen „Anerkennung“ erst so recht schätzen. Nicht nur, daß man hofft, in Krisenzeiten ein Steigen der Löhne und Verbesserungen sonstiger Arbeitsbedingungen hintanhaltend zu können, versucht man diese herabzubringen und die verhassten Organisationen der Arbeiter zu erschüttern, wenn nicht gar zu vernichten. Darum die Jubelstöße im Blätterwald von den Organen der Bueck und Tille bis herab zu der „Süddeutschen“, wenn sich die und da infolge Sinkens der Beschäftigtenzahl und der natürlichen Folge der jetzigen Krise für den einzelnen Arbeiter ein geringer Mitgliederückgang einzelner Gewerkschaften zeigt. Sofort wird mit Reichsverbandslügen noch etwas nachgeholfen, oder man versucht willensschwache Arbeiter zum Zwecke des Verrats an deren eigenen Klassen-genossen in unternehmer-treue Vereinigungen zu pressen bezw. mit schändem Geld zu kaufen. Auch sucht man die Reihen der Unternehmer zu stärken, wenn die Arbeiter das Verlorengegangene zurückerobern und weiter positiv an der sozialen Hebung des Volkes arbeiten wollen, diesen die Spitze zu bieten und die unter Ausnutzung der Not in Arbeiterkreisen herabgedrückten Lebensverhältnisse ungehindert in die Hochkonjunktur hinüberretten kann.

Wie frivol vom allgemein menschlichen Standpunkt ein solches Treiben ist und wie unheilvoll es für die Arbeiter-schaft sein würde, wollte sie nicht besonders in solch kritischen Zeiten festsetzen denn sonst zusammenhalten, wollen wir an einigen Tatsachen zeigen.

Die letzte allgemeine Wirtschaftskrise setzte gegen Ende 1900 ein und dauerte bis etwa ins Jahr 1903. Während — um nur einige Stichproben zu geben — damals im Oktober 1899 an den deutschen Arbeitsnachweisen auf 100 offene Stellen noch „nur“ 109 Arbeitsuchende kamen, stieg diese Biffer bis Oktober 1901 auf 198,1; im November 1899 von 130,8 auf 223 im November 1901 und so mit geringen Schwankungen die übrigen Monate hindurch. Von Mitte des Jahres 1902 an begann dann ein allmählicher Rückgang der um rund 100 Prozent angewachsenen Arbeitslosen-ziffern. Arbeitslosenzählungen in verschiedenen Städten, die Mitgliederzahlen der Krankenkassen, Statistiken der Gewerkschaften gaben ein wahrhaft frappierendes Bild von dem Widerstreit unserer gegenwärtigen Produktionsverhältnisse, wo, weil infolge gesteigerter Produktion Ueberfluß an Gebrauchsgütern und Luxusgütern herrscht, infolge naturgemäß eingetretener Störung im Produktionsprozeß, die Arbeiter-schaft größtenteils das Nötigste entbehren mußte.

Die Folgen dieser Zustände zeigten sich nicht nur den direkt beteiligten Arbeitern mit erschreckender Deutlichkeit an eigenen Leibe, sondern auch die amtlichen Berichte und Statistiken redeten eine deutliche Sprache und führten ein wahrhaft erschreckend wirkendes Material zutage.

So stiegen danach die Ausgaben der Armenverwaltung in Charlottenburg von 647 000 M. im Jahre 1900 auf 850 000 M. in 1901 oder pro Kopf der Bevölkerung von 3,43 auf 4,40 M. In Dresden stieg der Armenetat 1901 gegen das Vorjahr um 1 809 558 M. auf 1 189 150 M. Die eingegangenen Pfändungsaufträge stiegen dabei selbst um 7775 oder um 9,20 Prozent gegen das Jahr 1900; dabei der Prozentfuß der erfolglosen Pfändungsversuche von 31,39 Prozent auf 34,14 Prozent der Fälle. Ein deutliches Zeichen von sich verbreitendem Notstand ist stets eine wesentliche Zunahme der Frequenz der Leihhäuser. So hatte das Leihamt in Breslau 1901 einen be-

deutend größeren Zugang an Pfändern, während charakteristischer Weise das Pfandkapital geringer wurde; ein Beweis, daß man nicht etwa entbehrliche Schmuckstücke oder sonstige Luxusgegenstände, sondern finanziell wertlose aber die im Hausstand unentbehrlichsten Gegenstände auf Leihhaus tragen mußte. In Dresden wurden im Winter 1900/01 11 836 Gegenstände in Wäsche, Kleidern und Schuhen verpfändet, im Winter 1901/02 dagegen 12 537. Auch die Zahl der nicht eingelösten Verpfändstücke stieg. In Zinsen von Pfanddarlehen wurden 7027 M. mehr eingenommen, die Verfallgebühren stiegen um 1198 M. und die Einnahmen aus Versteigerungsüberschüssen steigerten sich um 3497 M.

Natürlich wurde auch das Meer der Proletarier der Landstraße vermehrt. Denn die Frequenz der Herbergen zur Heimat stieg um 25 Prozent, während das Jahr 1900 nur eine Zunahme von 6 Proz. aufwies. Bezeichnender Weise stieg am meisten die Zahl der mittellosen Wanderer und zwar um 37,5 Prozent, während die, die selbst zu zahlen vermochten, um 12,92 Prozent zunahm. Nicht weniger als 75 905 7 Wanderer mußten sich also in den Herbergen ein Nachtlager erbetteln. Und dabei konnten die Herbergen zur Heimat im Jahre 1901 17 284 weniger Personen in Arbeit bringen als im Vorjahre.

Im Asyl für Obdachlose wurden in Breslau im Oktober 1901 aufgenommen 1782 Personen gegen 1485 im Oktober des Vorjahres. In Dresden vom Oktober bis April 1899/1900 16 918, im gleichen Halbjahr 1901/02 dagegen 21 145 oder täglich 99,76 Personen gegen 76,98 im Vorjahre.

In Berlin ging Ende Sommers 1902 nach offiziellem Bericht die Arbeitsfrequenz um 600 Köpfe über die Erwartungen hinaus, so daß eine Etatsüberschreitung um 9000 M. nötig wurde.

Von der Landstraße zum Asyl, vom Asyl zum Arbeitshaus oder vor den Strafrichter wegen Vettelns, Landstreichens oder Eigentumsvergehens führt ein Weg, der in den allermeisten Fällen bei dem Vorkommen der Arbeitslosigkeit beginnt. So steigt denn auch in den Krisen-jahren die Zahl der Bestrafungen wegen der erwähnten Delikte mit Naturnotwendigkeit.

Während im Jahre 1900 in Berlin wegen Vettelns 5755 Personen verurteilt wurden, geschah dies 1901 in 7956 Fällen; die Zahl der wegen Obdachlosigkeit Verurteilten stieg von 1344 auf 2440. In Dresden wurden in dem Halbjahr Oktober bis April 1899/1900 wegen Vettelns und Landstreichens 1606, im gleichen Halbjahr 1901 bis 1902 dagegen 3718 verurteilt und die Zahl der wegen Diebstahls und Unterschlagung Verurteilten stieg im gleichen Zeitraum von 3340 auf 3733. In Breslau stiegen im Januar bis Oktober 1901 die polizeilichen Anzeigen auf 20 868 gegen 18 391 im gleichen Zeitraum 1900; darunter die Anzeigen wegen Uebertretungen auf 8896 gegen 7675.

Im Deutschen Reiche stieg die Zahl der wegen Eigentumsvergehen Bestraften von 113 660 im Jahre 1890 auf 115 269 im Jahre 1900 und 122 933 im Krisenjahre 1901.

Besonders empörend und unheilvoll sind die Folgen wirtschaftlicher Krisen in ihrer Wirkung auf die Volksernährung, denn die Gesellschaft kann wohl kaum von einer schlimmeren Gefahr bedroht werden, als die Unterernährung breiter Volksschichten heraufbeschwören muß. So wurden geschlachtet in Berlin im August des Krisen-jahres 1902 nur 124 980 Tiere gegen 135 482 im August 1901; also trotz Zunahme der Bevölkerung in einem Monat 10502 Tiere weniger. Dabei hieß es im Bericht des Schlachthofes, der Schlachtwert des Viehes sei oft so gering, daß es für Schlächter mit besserer Kundschaft unüberwindbar war.

Im Königreich Sachsen kamen im Jahre 1901 52000 Schweine weniger auf den Markt als bei normalem Bedarf. Gleichzeitig ging mit diesem Rückgang eine Einschränkung des Brotverbrauches charakteristischer Weise jedoch mit einer beträchtlichen Steigerung des Kartoffelverbrauches Hand in Hand.

In den Schlachthäusern zu Dortmund, Hörbe und Schwerte verminderte sich die Zahl der Schlachtungen 1901 gegen das Vorjahr um 6559 und 1902 analog dem stärkeren Auftreten der Krise nochmals um weitere 6792 Stück. Kein Wunder, denn abgesehen von der Einwirkung der herrschenden Arbeitslosigkeit ging damals infolge der Krise in 100 Schlachthöfen der Bezirke Hagen, Bochum, Dortmund und Siegen der Lohn jedes einzelnen

kommen, durch welche die aufgenommene Nahrung dem Körper assimiliert wird, hört unsere Weisheit auf. Wir wissen, daß die Pflanzen aus anorganischen Substanzen, aus Wasser, Kohlensäure, Salzen usw., das lebendige Protoplasma bilden, in welcher Weise sie das aber machen, welche chemischen Prozesse sich dabei abspielen, das ist uns nur erst andeutungsweise bekannt geworden. Wir können ferner den Uebergang gewisser Nahrungsmittel ins Blut verfolgen, wie sich aber aus diesem „besonderen Saft“ der Leib aufbaut, schweigt noch im Dunkeln.

Viel größere Erfolge als die Begründung des Lebensprozesses hat die Wissenschaft des Todes. Die mächtigen Prozesse der Vernichtung, Fäulnis und Verwesung bieten der gegenwärtigen Chemie und Mikroskopie keine unlös-baren Rätsel mehr dar.

Bei der für die Wissenschaft wie für das Leben gleich großen Bedeutung dieser Prozesse verlohnt es sich vielleicht auch für einen der Fachgelehrsamkeit fernstehenden Leser, einen Blick auf dieselben und die Entwicklung der darüber aufgestellten Ansichten zu werfen.

Als Fäulnis bezeichnet man jeden Zersetzungs-vorgang, welcher in einem Teile eines organischen Körpers durch eine äußere Ursache beginnt und der sich mit oder ohne deren weitere Mitwirkung durch seine ganze Masse verbreitet. Zu den im ganzen nicht zahlreichen fäulnisfähigen Stoffen gehören namentlich die höchst zusammengesetzten Eiweißstoffe des Tier- und Pflanzenreichs. Verwesung dagegen nennt man einen bei gewöhnlicher Temperatur erfolgenden Verbrennungs- oder Oxidationsprozeß; ihr unterliegen alle Stoffe organischen Ursprungs. Während der Fäulnis und Verwesung verwandelt sich der Kohlenstoff der organischen Substanzen in Kohlendioxid, der Wasserstoff in Wasser, Stickstoff in Ammoniak, Schwefel in Schwefelsäure usw. Es sind dies jene Verbindungen, aus welchem sich der Pflanzenleib und aus diesem der Tierleib aufgebaut hatte. Ueberlebende Zwischenprodukte pflegen diese Zersetzungen für höher organisierte Geschöpfe unangenehm und schädlich zu machen; dafür entwickelt

Arbeiters in dem einen Jahr allein zurück um 22 bis 75 M. In Dresden wurden 1901 gegen das von der Krise noch nicht beeinflusste Vorjahr 25 001 Stück Vieh weniger aufgetrieben und 169 Kinder und 23 279 Schweine weniger geschlachtet.

Der Milchverbrauch sank nach dem Bericht der Dresdener Handelskammer vom Jahre 1901 besonders in Arbeitervierteln von Monat zu Monat bis zur Hälfte, mitunter sogar bis ein Viertel zurück, so daß für einzelne Geschäfte das Jahr 1901 das schlechteste seit 18 Jahren gewesen sei. Dasselbe Bild zeigte der Konsum von Fisch, Mehl, Kolonialwaren usw. Überall wurde geklagt über bedeutend geschwächte Kaufkraft des Volkes.

Kein Wunder, daß damals die Zahl der Eheschließungen rapid zurückging. In Verbindung damit stiegen natürlich die unehelichen Geburten, auch die Gesundheitsverhältnisse wurden stark beeinflusst. Es stieg das Wohnungselend; die Auswanderung und der Rückgang der Spar-einlagen; ein Bild der Zerkleinerung, wie es in früheren Jahrhunderten Mißernten, Kriege, Raubzüge mit den diesen folgenden Hungernöten auch nicht krasser in Erscheinung getreten sein kann. Und dabei leben wir jetzt im vielge-priesenen Zeitalter gesteigerter Kultur, wo der Stand der Kultur jeden Mangel an irgendwelchen Gebrauchsgütern ausschließt und von dem hohen sozialen Empfinden und staatlicher Fürsorge viel Aufhebens gemacht wird.

Wenn auf solcher Höhe der Produktion und der geistigen Kultur angelangt, wie heute tatsächlich der Fall, breite Volksschichten von Zeit zu Zeit Jahre hindurch Mangel am Nötigsten leiden und von schweren sozialen und in-folge dessen geistigen und moralischen Rückschlägen bedroht werden, so zeigt das von einer Verriekttheit der gegen-wärtigen „Ordnung“, die jeden Arbeiter zum gründlichen Nachdenken veranlassen muß. Wenden können wir diese Zustände nur, wenn unsere Organisationen selbst stark genug dazu sind, weil, wie oben gezeigt, die heute dominierende Klasse in ihrer Mehrheit ein Interesse an solchen Rückschlägen hat.

Doch, wenn auch das Unternehmertum in Krisenzeiten „Prozesse der Erholung“ sieht, weil dabei ein Teil unlieb-samer Konkurrenten verschwindet und die Arbeiter ge-zwungen sind, „ihre Ansprüche zu dämpfen“, so wächst wie-derrum auf der anderen Seite in Arbeiterkreisen in be-sonderem Maße gerade in Krisenzeiten die Einsicht von der dringenden Notwendigkeit der ungehinderten Arbeit für festgesetzte und vielseitig ausgebaute Organisationen, deren Kraft, wird sie zweckdienlich zur richtigen Zeit und im Verhältnis zu dem gesteckten Ziel angewandt, die ein-zige Möglichkeit einer Aenderung und Besserung der Ver-hältnisse sichert.

Deshalb müssen wir gerade gegenwärtig den Kollegen zeigen, wie unvereinbar die Interessen des Unternehmertums in seiner Mehrheit mit den ihren sind und wie die Zubecksicht auf ein Zurückerobern und Nachholen dessen, was in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges den Arbeitern genommen oder zunächst vorenthalten wird, sich einig und allein an die Einwirkung der Organisationen knüpfen kann. —

Die politische Vertretung der Arbeitgeber.

II.

Um den Arbeitgebern die neue Partei noch schwach-hafter zu machen, weist Tille auf ihre Leistungen im wirt-schaftlichen und sozialen Leben Deutschlands hin und dem-gegenüber auf ihre politische Einflußlosigkeit. Unter 397 Reichstagsabgeordneten seien nur zehn Industrielle, ein Beweis, wie wenig sich die politischen Parteien um die Interessen der Industrie kümmern. Das müsse anders werden und eine politische Vertretung der Arbeitgeber sei leicht ins Werk zu setzen, wenn nur der feste Wille vor-handen sei. „Eine wesentliche Förderung der Arbeitgeber-partei wird darin liegen, daß dieselbe keinen ihrer neuen Anhänger zwingt, eine geradezu feindliche Stellung gegen diejenige Partei einzunehmen, der er bisher angehört hat. Der Gegensatz zu der sozialdemokratischen und der ge-werkschaftlichen Reichstagsfraktion, welche die nächste Zu-kunft bringen wird, wird allerdings ein unüberbrückbarer sein. Wer von allen anderen Parteien gilt im wesent-lichen, daß die Arbeitgeberpartei diejenigen Fragen auf-nimmt, welche jene vernachlässigt haben. Ihr Grund-gebäude wird die unbedingte Sicherstellung der Freiheit durch den Staat sein, und dieser Grundgedanke läßt für alle nicht-wirtschaftlichen und nicht-gesellschaftlichen

sich aber in den Massen ein reiches Leben mikroskopischer Tiere und Pflanzen (Bakterien, Pilze usw.).

Alle zwei Zersetzungen geben nur bei einer gewissen Temperatur und bei Gegenwart von Wasser vor sich. Un-gehinderter Luftzutritt galt bis vor kurzem als dritte Be-dingung und gilt jetzt jedenfalls auch noch für die Ver-wesung. Seine Bedeutung für die Fäulnis bildet einen nachher noch zu besprechenden Streifenpunkt.

Frostkälte, Siedehitze, Trockenheit, in besonderen Fällen auch Absperrung der Luft verhindern oder unter-brechen daher diese Vorgänge. Dasselbe bewirkt Zusatz gewisser Substanzen, wie Spiritus, Essig, Kochsalz, Arsenik, Sublimat, flüchtiger Öle usw., kurz solcher Substanzen, die das Leben der Fäulnisbakterien abtöten. So findet man z. B. im Bernstein sehr häufig wohlerhaltene vorwelt-liche Insekten eingeschlossen und einige ihrer riesigen Zeit-genossen, Mammuth, bewahrte uns das sibirische Eis bis auf diesen Tag auf.

Dies ist das Tatsächliche, was zum großen Teil längst bekannt war und bis in die neuere Zeit hinein einer wissenschaftlichen, durch Versuche beweisbaren Erklärung harrete.

Früher beruhigte man sich mit einer philosophischen Ansicht. Die Atome, die kleinsten Stoffteilchen, so meinte man, hätten eben von Natur das Bestreben, auseinander-zufliegen und jene einfachen Verbindungen zu bilden, welche oben als Endprodukte der Zersetzung organischer Substanzen angeführt wurden. Unter dem Einfluß der mächtigen Lebenskraft aber hielten sie, wenn auch wider-willig, zum Aufbau höherer Gruppen. Ersicht die Lebens-kraft aber, so lehrte man weiter, dann können die Atome ihren eigentlichen Gesetzen folgen und fliegen nun aus-einander.

Für die wirklich exakte Lösung dieser Fragen begann aber, wie für die ganze Chemie, eine neue Zeit mit der Entdeckung des Sauerstoffs. In demselben hat man end-lich das Element in der Natur aufgefunden, welchem bei den wichtigsten chemischen Vorgängen die Hauptrolle zu-

Ueber Fäulnis und Verwesung.

Von M. S. Baege.

(Nachdruck verboten.)

So mannigfach die Formen und Lebensstätigkeiten der uns umgebenden lebendigen Natur auch sind — drei wichtige Momente sind ihnen allen gemeinsam: Zeugung, Ent-wicklung und Tod. — Zeugung und Entwicklung bedeuten Aufbau des Organismenleibes, dessen Zerstörung hinwie-derum mit dem Tode beginnt. Unter den Erscheinungen der Fäulnis und Verwesung sehen wir die äußeren Formen rasch sich verändern und dahinschwinden; die Bestandteile und Säfte zerfallen sich und gehen schließlich als einströmige luftförmige oder flüssige Substanzen, als Kohlensäure, Am-moniak und Wasser in alle Winde. Selbst das festeste Knochengewebe nimmt Teil an dem allgemeinen Verfall; zerbröckelt und zerfließt liefert es den Pflanzen eine will-kommene Nahrung und beginnt einen zweiten Kreislauf.

So lange es Lebewesen auf der Erde gibt, wieder-holt sich dieser Kreislauf, schon in den frühesten Zeiten alle Philosophen und Naturforscher zum Nachdenken an-regend. Aber das tiefe Dunkel, mit welchem jene Leben und Tod bildende Kette von physiologischen und chemischen Prozessen bedeckt war, begann erst langsam seit der Er-sindung jener scharfsinnigen Methoden und Instrumente zu weichen, welche in den letzten Generationen die Natur-wissenschaften zu einer so außerordentlichen Blüte geführt haben.

Von allen hier einschlagenden Fragen sind entweder noch gar nicht oder am unbefriedigendsten diejenigen be-antwortet, welche sich auf die eigentlichen Lebensprozesse, die gestaltende, aufbauende und organisierende Tätigkeit des Tier- und Pflanzenleibes beziehen. Eine reiche Fülle merkwürdiger Beobachtungen tritt hier in den meisten Fällen einzuwirken noch an die Stelle der Erklärungen. Wir kennen genau die Bedingungen, unter welchen ein Tier oder eine Pflanze leben kann; wir kennen genau die Nahrung für beide. Sobald wir aber zu den Vorgängen

Fragen jedem freien Spielraum. Heute gründen sich die politischen Parteien mit einziger Ausnahme der Sozialdemokratie gerade auf Unterschiede in der Stellung zu nicht-wirtschaftlichen und nicht-gesellschaftlichen Fragen und lassen ihren Mitgliedern häufig in wirtschaftlichen Fragen volle Freiheit. Die Arbeitgeberpartei erstrebt genau das umgekehrte Verhältnis. Sie will eine Partei sein auf wirtschaftlicher Grundlage und will ihren Mitgliedern in jeder anderen Hinsicht freie Hand lassen." Hier wird der Standpunkt des nackten Selbstinteresses mit einem Hybris gepreigt, der sich bisher nicht hervorgewagt. Die alten Parteien schrieben, wenn man ihren Programmen glauben darf, Fragen der Kultur, der Bildung, der Humanität, der Entwicklung usw. auf ihre Fahne und stellten sich in den Dienst der Menschheit; die neue Partei kümmert sich um all solche Fragen nicht, denn es sind längst überwundene Dinge, sie will lediglich materielle, wirtschaftliche Interessen vertreten. Daß der Profit geheiße, ist ihr einziges Prinzip, und daß die Arbeiterklasse niedergehalten werde, ist das Mittel zum Zweck.

Bei einem solch einfachen Programm, das das ganze Leben auf die Formel bringt: "Reichert euch!", ist es nicht zu verwundern, daß Dr. Tille die bisherigen Parteien aufs heftigste angreift. Die Gründe, weshalb die Interessen der Industrie so sehr vernachlässigt würden — diese fixe Idee wird er nun einmal nicht los, sie ist die Grundlage seines Gedankenbaues — findet er zunächst in der politischen Teilnahmslosigkeit der Industriellen und in dem allgemeinen Weib gegen das kräftige Emporkommen dieses Erwerbszweiges; sodann in der Tatsache, daß sich die politischen Parteien nach Stichworten scheiden, die einer längst verunkelten Welt angehören und endlich in den modernen Zeitkrankheiten, die die Menschheit befallen haben. Als solche Zeitkrankheiten nennt er: "Die Ikonokratie, welche sich einbildet, daß man die Menschen aller ihrer physischen, geistigen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unterschiede entkleiden müsse, um sie als politische Wesen betrachten zu können. Die Ikonokratie, der Gleichheitswahn, die Gleichmacherei, welche auf die möglichste Gleichgestaltung aller Lebenslose im sozialistischen Sinn hinarbeitet. Die ikonokratische Denkschablone der Zeit, welche in den verschiedenartigsten Dingen Gleichheiten sucht und Lebensgebiete eine Gleichberechtigung der Beteiligten andichtet, wo von einer solchen nicht die Rede sein kann. Die Populotechnik der Sozialdemokratie, welche jeden kleinen Gewerbetreibenden in seinem wirtschaftlichen Dasein bedroht, der sich weigert, sich ihren Fahnen anzuschließen. Der Sozialmoralismus, welcher in einer Zeit, in der die unteren Volksschichten ihre Ehre und Unabhängigkeit an die oberen längst verloren haben, von diesen alle denkbaren Edelmutleistungen für jene verlangt. Die Demokratie, das Umbuhlen der Massen mit Schmeicheleien seitens der meisten Berufspolitiker, die, um den Handarbeitermassen angenehmer zu sagen, deren Brotgeber herabzusehen sich bemühen. Endlich der utopistische Promissionismus, mit dem der Reichstagskandidat den Massen das Himmelreich auf Erden verspricht, wenn sie ihn wählen. Es ist dies nicht gerade eine Zusammenstellung von Gründen der saubersten Art, aber sie hat den Wozu, wahr zu sein. In diesen Dingen allein liegen die Ursachen dafür, daß das deutsche Arbeitgebertum heute politisch zur Ohnmacht verurteilt ist. Sie sind die Ursachen, aus denen es trotz der Bedeutung, welche der Industrie heute im Deutschen Reich zukommt, und trotz dessen, was sie in den letzten dreißig Jahren für das Deutsche Reich geleistet hat, von allen politischen Parteien links von der Reichspartei eine Behandlung erfahren hat, welche notgedrungen die Entrüstung herausfordert muß."

Die Grundkrankheit unserer Zeit ist die Vernachlässigung der großen Masse des Volkes — darin gipfelt die Tillesche Weisheit — und weil die politischen Parteien leider zu einer Rücksichtnahme auf die Wählermassen gezwungen sind, können sie für eine Arbeitgeberpartei nicht mehr in Frage kommen. Viele neue Partei kennt keine Gleichberechtigung der Staatsbürger, sondern nur die Herrschaft der kapitalkräftigen Volksschichten über die Proletarier; sie läßt über das Bestreben, jedem Menschen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen, und erblickt in der wirtschaftlichen und sozialen Unterdrückung der unteren Volksschichten das Heil der Gesellschaft; sie verachtet die Massen und betrachtet sie als den Dinger für das Emporkommen des Kapitalismus; sie verwirft die Prinzipien einer sozialen Moral und predigt den nackten

kommt; denn kein Tier kann ohne ihn atmen, kein Feuer ohne ihn brennen, kein Metall ohne ihn rosten usw. Kein Wunder, daß man sofort die Beziehungen dieses merkwürdigen Körpers zu jenen Verzehungsprozessen untersuchte.

Man erkannte in der Tat auch bald, daß die sogenannte Verwesung nur bei ungehindertem Zutritt von sauerstoffhaltiger Luft vor sich geht und durch Abschluß derselben verhindert oder unterbrochen werden könne, daß daher die Verwesung als ein langsamer Verbrennungsvorgang aufzufassen sei, im Grunde nicht verschieden von dem Koffen der Metalle. Bei der Fäulnis dagegen, die, wie der Versuch lehrt, durch Luftabschluß nicht unterbrochen werden kann, glaubte man sich überzeugt zu haben, daß dem Sauerstoff nur die Rolle der ersten Anregung zukomme. Derselbe verbinde sich im ersten Augenblick seiner Einwirkung mit einigen Atomen der fäulnisfähigen Substanz, dadurch werde aber das chemische Gleichgewicht in derselben gestört und sie zerfalle kraft der gewonnenen Bewegung in ihre Atome, gleich einem Gewölbe, dem man den Schlußstein entzogen hat. Die Tatsache, daß Fleisch, Gemüse usw. der Fäulnis widerstehen, wenn sie in luftdicht verschlossenen Gefäßen längere Zeit gelagert werden, schien diese Ansicht unüberlegbar zu stützen.

In neuerer Zeit erst hat man dann erkannt, daß die in verwesenden und faulenden Substanzen auftretenden Bakterien und Pilze eine äußerst wichtige Mission zu erfüllen haben, die mindestens für den Fäulnisprozess wichtiger ist als der Oxydationsvorgang. Die aus Bestandteilen des Mineralreichs im Ernährungsprozess der grünen Pflanzen zusammengesetzten und von da im großen Fluß des Lebens weiter strömenden organischen Stoffe müssen sich wieder durch Verwesung, Gärung und Fäulnis in die Luft oder in den Schoß der Mutter Erde zurückführen. In welcher Weise sie das tun, das haben wir in einem früheren Artikel, der die Bedeutung der Bakterien für den Haushalt der Natur behandelte, dargestellt.

schrankenlosen Egoismus; sie pfeift — mit einem Worte gesagt — auf Moral und Recht und Menschenliebe und stützt sich auf die Macht des Geldsacks. Wir möchten ihr deshalb als Motto das Heinecortwort empfehlen: "Denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur, die etwas haben!"

Aus ganz bestimmten Gründen richtet Dr. Tille seine kritischen Waffen besonders gegen die nationalliberale Partei, die seiner Behauptung nach "aus Liebedienerei gegenüber den Massen die liberale Gesellschaftsordnung preisgibt." Diese liberale Gesellschaftsordnung beruht auf der Freiheit des Individuums gegenüber der "Mehrheitsstrategie" und den Mehrheitsbeschlüssen; sie ist also individualistisch im extremsten Sinne. Und in der Tat wimmelt es in dem früheren Liberalismus geradezu von Freiheiten aller Art: "Die Merkmale der liberalen Gesellschaftsordnung", sagt Dr. Tille, "sind die Freiheit des einzelnen innerhalb der vom Strafrecht gezogenen Schranken, die Freiheit, sich das Land seines Aufenthaltes, seinen Wohnsitz, seinen Beruf, sein Gewerbe, seine Arbeitsstätte zu wählen, die Freiheit des wirtschaftlichen Vertragsschlusses, die Freiheit, die eigene Arbeitskraft zu verwerthen, die Freiheit, Eigentum zu erwerben, und dessen Unverletzlichkeit, die persönliche Freiheit des einzelnen, welche nur durch richterliche Verfügung angetastet werden darf, die Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetze, die Freiheit der Weltanschauung und die Freiheit der Wissenschaft. Mit der Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit begannen die Grundlagen der heutigen industriellen Entwicklung zu entstehen, und die Freiheit des Vertragsschlusses fügte sich ihnen als drittes an. Der alte Liberalismus, zu dem die deutsche Industrie in ihrer Mehrheit sich bekannte, hat nie daran gedacht, daß ein sich liberal nennendes Geschlecht sich je soweit vergessen könnte, an diese bürgerlichen Freiheitsrechte zu rühren, deren wesentlichste Bestandteile der Verfassung der wichtigsten Staaten einverleibt worden waren."

Wie weit wir mit diesen "Freiheiten" gekommen sind, weiß heutzutage jedes Kind und es war die höchste Zeit, daß die in Freiheit schwebende Kulturmenschenheit zur Besinnung kam, da andernfalls die durch diese "Freiheiten" beglückten Arbeiterschichten längst in materiellem und geistigem Elend verkommen wären. Auch der Liberalismus hat sich dieser Einsicht nicht verschließen können und wenn er zuletzt trotz heftigen Sträubens sich dem Gedanken einer Regelung des Wirtschaftslebens anbequemt hat, so ist das nur anzuerkennen. Allerdings rechnet ihm Dr. Tille dies als Verbrechen an. Man lese nur mit Schauern das Sündenregister, daß ihm der moralunfreie Dupprediger vorhält: "Unter dem Einfluß der deutschen Sozialdemokratie und des englisch-deutschen Sozialmoralismus hat es jedoch der politische Nationalliberalismus fertig gebracht, diese seine eigene liberale Vergangenheit zu verleugnen und den Freiheitsrechten des Staatsbürgers, soweit derselbe industrieller Unternehmer ist, ins Gesicht zu schlagen. Er hat dem zugestimmt, daß ein Ausnahmerecht für den industriellen Handarbeiter geschaffen werde, nach dem dieser z. B. den Kontraktbruch des Unternehmers mit dem zwölftägigen Tagelohn verweigert bekommt, der Unternehmer den Kontraktbruch des Arbeiters aber nur mit dem sechstägigen Tagelohn, und dies auch noch nur dann, wenn er es sich in der Arbeitsordnung ausdrücklich ausbedungen hat. Er hat zugestimmt, daß in den Gewerbegerichten und den Kaufmannsgerichten Ausnahmeurteile für Handarbeiter und Handlungsgehilfen geschaffen wurden, welche in der Mehrzahl der Fälle endgültig entscheiden und damit einer Beeinflussung durch die ordentlichen Gerichte entzogen sind. Er hat durch die Ausstattung dieser Gerichte mit der Befugnis von Schiedsämtern (das Gesetz nennt es fälschlicherweise Einigungsämtern) den schwersten Eingriff in die wirtschaftliche Vertragsfreiheit der Unternehmer gutgeheißen. Er hat die staatliche Organisation der Sozialdemokratie in den Drückrentenklassen mitbestimmen helfen, indem er durch eine unweife Verteilung der Rechte und Pflichten den Arbeitern die Herrschaft über diese Klassen in die Hand gab. Er hat auf das Kranksein des Handlungsgehilfen ganz neuerdings noch eine Prämie im Betrage des sechswöchigen Gehaltes setzen lassen. Er hat an dem großen Wendepunkte der Handarbeitergesetzgebung des Deutschen Reiches verfaßt, im Jahre 1899, als die Reichsregierung ein Gesetz zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses einbrachte, das bestimmt war, arbeitsfreundliche und werktreue Arbeiter vor Belästigungen durch Streikwütige zu schützen. Er hat den Arbeitswilligen den Schutz des Gesetzes versagt und ihnen damit die Freiheit entzogen, ihre Arbeitskraft zu verwerthen. Wenn Streikwütige es nicht wollen, dann ist diese wichtigste Freiheit des Industriearbeiters im Deutschen Reich aufgehoben. Auch die Freizügigkeit hat er damit angetastet. Nach seinem Willen darf der Arbeitsfreundliche nicht mehr dorthin ziehen, wo reichlich Arbeit zu finden ist. Am Bahnhof darf ihn mit vollem Rechte die Meute Streiker empfangen und nach seinem Herkunftsorte zurückführen. Auch in anderer Hinsicht hat der sozialistische verächtliche Nationalliberalismus die Vertragsfreiheit neuerdings anzutasten versucht. Noch ist unser Recht ein Individualrecht und kennt nur die Eingehung von Vertragsverpflichtungen bei Zustimmung beider Vertragsschließender. Der Nationalliberalismus hat in seinem Parteiprogramm den Versuch gemacht, diese persönliche Vertragsfreiheit aufzuheben. Er hat sich für die Einführung eines Gruppenvertragsrechts ausgesprochen, nach dem der einzelne Unternehmer an Verträge gebunden sein soll, welche andere ohne seinen Auftrag geschlossen haben. Denn etwas anderes bedeutet der Versuch nicht, das Unternehmertum dem Joche von Arbeitsstarfen zu unterwerfen. Er hat die Grundlage der liberalen Gesellschaftsordnung, das Privatigentum, angetastet, indem er den Unternehmer und den Handarbeiter im Unternehmen für zwei gleichberechtigte Parteien erklärt hat. Bisher konnte nur der Unternehmer den Handarbeiter entlassen. Dem Unternehmer blieb aber dann das Unternehmen. Nur der Handarbeiter mußte dann seine Strafe ziehen. Wenn das Wort, daß Unternehmer und Handarbeiter künftig im Unternehmen gleichberechtigte Parteien sein sollen, nicht nur eine elende Nebenart sein, sondern irgend welchen Inhalt haben soll, dann kann es nur die Gleichstellung beider in diesem wichtigsten Punkte fordern. Nach den Wünschen des neuesten Nationalliberalismus sollen also künftig auch die Handarbeiter den Unternehmer entlassen dürfen."

Die Gesamtheit dieser Sünden zeigt deutlich, daß der Nationalliberalismus seine liberale Grundlage von einst eingebüßt hat. War einst neben dem Nationalen der Liberalismus sein wesentlichster Bestandteil, so ist es jetzt

der Equalismus, der Sozialismus geworden und wird es vermutlich demnächst der Kommunismus werden. Aus dem Nationalliberalismus ist ein Nationalequalismus, ein Nationalsozialismus geworden und wird voraussichtlich eines Tages ein Nationalkommunismus werden. Einerseits die Massen zu umbuhlen und ihnen Sonderrechte zu verschaffen, und andererseits ihnen möglichst jede Vertragspflicht zu den Staatskosten abzuschneiden, das ist seine Politik geworden. Trotz des gleichen Wahlrechts im Reich hat die nationalliberale Partei nicht den Mut gefunden, auch folgerichtig die gleiche Steuerpflicht im Reich durch das Mittel der indirekten Steuern zu fordern. Der Handarbeiter soll durch seine große Zahl herrschen, und die Bevölkerung mit höherem Einkommen soll nicht nur die Kosten für den Staat, sondern auch für die Sorgenstellung des einzelnen Handarbeiters tragen. Eine starke Biersteuer und eine starke Tabaksteuer, die beide zusammen das Reich finanziell selbständig zu machen vermöchten, hat bisher für den Nationalliberalismus zum Nicht-nicht-an gehört. Er an erster Stelle ist schuld, wenn weiten Volkskreisen, und wahrlich nicht den ungebildeten, das Bewußtsein abhanden gekommen ist, daß Rechte ein Unfug sind, wo ihnen keine Pflichten entsprechen. Noch immer hat sich in der Volksgeschichte der Satz durchgesetzt, daß dauernd eine Loslösung der Rechte von den Pflichten unhaltbar ist. Auch hier wird das nicht ausbleiben. Zurzeit ist die Zerstörung des politischen Pflichtbewußtseins im Volke nicht allein das Werk der Sozialdemokratie, sondern ebenso das Werk derjenigen ikonokratischen Parteien, welche unter dem Mantel des Liberalismus eine einseitige Klassenpolitik zu Gunsten der Alleinherrschaft der handarbeitenden Bevölkerung getrieben haben."

Es ist das angeborene Menschenrecht der Bihprediger, zu übertreiben und das Blaue vom Himmel herunterzuholen, aber eine solche Übertreibung, wie sie in den vorstehenden Sätzen enthalten ist, spottet doch allem bisher Dagewesenen. Wir haben diesen grotesken Witz auch nur wiedergegeben, um unseren Lesern einen Einblick zu verschaffen in die Geisteswerkstatt eines vom Scharfmacherfoller befallenen Unternehmervulvis. Ein Versuch, dieses wahrnimmige Geistesprodukt zu kritisieren, würde den Eindruck nur abschwächen.

Kollektive Änderungen der Löhne und der Arbeitszeit in Großbritannien.

Die während des letzten Jahres in Großbritannien und Irland vorgekommenen kollektiven Änderungen der Löhne waren sehr umfangreich, und zwar hatten daran fast 1 1/2 Millionen Arbeiter teil, wobei die landwirtschaftlichen Arbeiter, die Seeleute und die Eisenbahnbediensteten, deren Löhne erhöht oder verfürzt wurden, nicht mit eingerechnet sind, da für diese Arbeiterkategorien genaue Angaben nicht erhältlich waren. Wie in den beiden vorhergehenden Jahren, so war auch 1907 die Zahl der Arbeiter, die durch gemeinsames Vorgehen Lohnerhöhungen erlangten, höher als die Zahl der von Lohnkürzungen betroffenen Personen. Von 1901 bis 1905 zeigten die Löhne hingegen eine sinkende Tendenz, da in dieser Zeit schwerer Wirtschaftskrisen und zugleich gewerkschaftlicher Stagnation vielfach die auf Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zielenden Forderungen der Unternehmer anerkannt werden mußten. Ueber die Zahl der in einem Jahr der letzten zehn Jahre an Lohnerhöhungen und Lohnkürzungen beteiligten Arbeiter geben die nachstehenden Zahlen Auskunft; in Klammern wird der durchschnittliche Betrag beigefügt, um welchen in dem betreffenden Jahre der Lohn eines beteiligten Arbeiters ffitig oder herabgesetzt wurde.

L o h n e r h ö h u n g e n erlangten: 1898 10 240 Arbeiter (durchschnittlicher Betrag der Lohnerhöhung pro Arbeiter und Woche 1.60 M.); 1899 1 170 937 Arbeiter (1.50 M.); 1900 1 109 284 Arbeiter (3.80 M.); 1901 429 715 Arbeiter (1.90 M.); 1902 91 812 Arbeiter (1.20 M.); 1903 21 327 Arbeiter (1.50 M.); 1904 16 054 Arbeiter (1.50 M.); 1905 319 304 Arbeiter (1 M.); 1906 1 097 934 Arbeiter (1.10 M.); 1907 1 243 534 Arbeiter (3.20 M.). Dabei ist 1 Schilling einer Mark gleich gemeret. In der Regel ist in sehr guten Wirtschaftsjahren sowohl die Zahl der an Lohnerhöhungen beteiligten Arbeiter wie auch der Betrag der auf einen Arbeiter entfallenden Lohnerhöhung am höchsten.

L o h n k ü r z u n g e n erlitten im Jahre 1898 11 865 Arbeiter (durchschnittlich 1.30 M. pro Arbeiter und Woche); 1899 1 192 Arbeiter (1.80 M.); 1900 23 010 Arbeiter (2.40 M.); 1901 489 318 Arbeiter (1.90 M.); 1902 789 891 Arbeiter (2 M.); 1903 874 721 Arbeiter (0.90 M.); 1904 784 604 Arbeiter (1 M.); 1905 249 586 Arbeiter (1.50 M.); 1906 6140 Arbeiter (2 M.); 1907 2930 Arbeiter (1.60 M.). Seltene Fälle von Lohnänderungen, in welchen im Laufe eines Jahres die Löhne derselben Arbeiter erhöht und verfürzt wurden, aber trotzdem am Jahresschluß gleich hoch wie am Jahresanfang waren, sind außer acht gelassen worden.

Wird in den Jahren mit vorwiegenden Lohnerhöhungen der Gesamtbetrag der Lohnkürzungen vom Gesamtbetrag der Lohnerhöhungen abgezogen, und ebenso in den Jahren mit vorwiegenden Lohnkürzungen der Gesamtbetrag der Lohnerhöhungen vom dem der Lohnkürzungen abgerechnet, so erhält man das reine Ergebnis der Lohnänderungen, d. h. es stellt sich heraus, wie viel an Löhnen gewonnen oder verloren wurde. In den fünf Jahren 1898—1900 und 1906—1907 übertrafen die Lohnerhöhungen die Lohnkürzungen um rund 12.8 Millionen Mark in der Woche, wogegen in den fünf Jahren 1901—1905 die Lohnkürzungen die Lohnerhöhungen um 4.6 Millionen Mark in der Woche übertrafen, so daß sich von 1898—1907 ein wöchentliches Lohngewinn von rund 8.2 Millionen Mark ergibt.

Weitaus die meisten Änderungen der Löhne kamen im Bergbau, in der Metall-, Maschinen- und Schiffbau-Industrie und in der Textilindustrie vor. Doch muß hier von einer Wiedergabe der auf die einzelnen Industrien bezüglichen Zahlen Abstand genommen werden. — An den ohne ArbeitsEinstellung vollzogenen Lohnänderungen waren bedeutend mehr Arbeiter beteiligt, als an den durch Streiks und Ausperrungen herbeigeführten. Durch ArbeitsEinstellung — sei es Streik oder Ausperrung — wurden Lohnänderungen durchgeführt, an welchen beteiligt waren: 1898 52 035 Arbeiter, 1899 34 237, 1900 54 960, 1901 14 553, 1902 12 799, 1903 13 748, 1904 10 934, 1905 14 184, 1906 54 988 und 1907 12 324 Arbeiter. Im letzten

Jahre kam auf die durch Arbeitseinstellung herbeigeführten Lohnänderungen nur ein Prozent aller an Lohnänderungen beteiligten Arbeiter.

Die Veränderungen der Arbeitszeit waren mit Ausnahme des Jahres 1902 nicht erheblich. In Ver- kürzungen der Arbeitszeit hatten teil: 1898 39 049 Arbeiter, 1899 35 949 Arbeiter, 1900 57 726 Arbeiter, 1901 29 276 Arbeiter, 1902 1 057 507 Arbeiter, 1903 7 447 Arbeiter, 1904 16 792 Arbeiter, 1905 95 985 Arbeiter, 1906 54 954 Arbeiter, 1907 36 207 Arbeiter, also in der Regel eine ganz geringe Zahl, wenn man damit die in den letzten Jahren in Deutschland erzielten Erfolge der Bewegungen zur Verkürzung der Arbeitszeit vergleicht.

Im Malergewerbe, wie in den Baugewerben im all- gemeinen, blieben die Arbeitslöhne seit dem Ausbruch der Krise zu Beginn dieses Jahrhunderts fast auf gleicher Höhe. Die Zahl der Lohnbewegungen der Maler, die Zahl der hieran beteiligten Personen und das reine Er- gebnis der Lohnschwankungen sind in der Tabelle für die Jahre 1898-1907 dargestellt.

Table with 5 columns: Jahr, Zahl der Lohnbewegungen, Zahl der beteiligten Personen, Das Ergebnis der Erhöhung (+) oder Verringerung (-) des Wochenlohnes insgesamt, Das Ergebnis der Erhöhung (+) oder Verringerung (-) des Lohnes pro Beteiligter.

In neun Jahren war das Ergebnis der Lohn- änderungen im Malergewerbe eine Lohnerhöhung in be- scheidenem Betrag, in einem Jahre (1906) ergab sich eine Lohnkürzung. Ueber 2 A pro Beteiligten machte die durchschnittliche Lohnerhöhung bloß 1901 aus.

Ueber die Veränderungen der Arbeitszeit der Maler allein liegen keine Vergleichszahlen für das ganze Jahr- zehnt vor. In den Baugewerben überhaupt waren von 1898-1907 nur einmal, und zwar 1905, viele Arbeiter an Arbeitszeitverkürzungen beteiligt, nämlich 86 588; 1898 hatten 18 812, 1904 10 515, 1906 14 141, 1907 14 416 Bau- arbeiter an Verkürzungen der Arbeitszeit teil, in jedem anderen Jahre weniger als 10 000.

Im Jahre 1907 wurden alle fünf Lohnbewegungen der Maler ohne Arbeitseinstellung beendet; die be- deutendsten davon waren eine Lohnbewegung in Liver- pool, an der rund 2000 Arbeiter teil hatten, und eine Lohnbewegung in Manchester mit 1450 Beteiligten. An zwei Bewegungen zur Verkürzung der Arbeitszeit waren 1907 2280 Maler beteiligt; das Maß der erzielten Ver- kürzung belief sich auf eine Stunde pro Arbeiter und Woche. Diese Bewegungen wurden ebenfalls ohne Arbeits- einstellung beendet. Beteiligt waren daran in Manchester 2000 und in Dundee 280 Arbeiter.

Mit dem neuerlichen Eintreten einer wirtschaftlichen Krise im Jahre 1908 kamen wieder zahlreiche Fälle von Lohnkürzungen vor; das Malergewerbe blieb bisher von solchen verschont.

Ein Beitrag zur Krankenversicherung.

Anschließend an den Artikel in Nr. 43 des „Ver- eins-Anzeigers“ vom 24. Oktober 1908, betreffend frei- willige Weiterversicherung bei der Kranken- und Inva- lidenversicherung, bringen wir eine Streitsache der Breslauer Orts-Krankenkasse der Maler zur Ver- öffentlichung, die im allgemeinen Interesse unserer Kol- legen liegen dürfte.

In der Streitsache des Radierers Gustav Art, Griebshnerstraße 72 I., Kläger, gegen die Ortskrankenkasse der Maler und Radierer, vertreten durch ihren Vorstand, Beklagte, wird auf Grund des § 58 des Krankenversicherungs- gesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 25. Mai 1903 dahin entschieden:

Die beklagte Kasse wird verurteilt, dem Kläger an rückständigem Krankengeld den Betrag von 3,25 A in Worten drei Mark fünfundsiebzig Pfennig zu zahlen.

Tabelle A.

Kläger hat der beklagten Kasse als Mitglied ange- hört. Er ist in der Zeit vom 30. Juli bis 15. August d. J. krank und arbeitsunfähig gewesen. Während dieser Zeit hat er für 13 Tage täglich 1,75 A, das ist die Hälfte des durchschnittlichen Tageslohnes als Kran- tengeld erhalten. Die Beklagte begründet die Gewäh- rung des Krankengeldes im gesetzlichen Mindestbetrage, mit der Behauptung, daß Kläger innerhalb der ersten 13 Wochen der Mitgliedschaft erkrankt sei. Demgegen- über hat Kläger geltend gemacht, daß er seit dem 11. April d. J. der Kasse ununterbrochen angehört habe und daß insbesondere vor seiner Erkrankung am 30. Juli d. J. eine Unterbrechung in der Mitgliedschaft nicht eingetreten sei. Denn er sei zwar am 20. Juni d. J. aus der Beschäftigung ausgetreten und bei der

Krankenkasse abgemeldet worden, indes aber am 22. Juni wieder in seine (bei einem anderen Meister) Be- schäftigung getreten und von letzterem auch bei der Kasse angemeldet worden. Wenn er sich auch Sonntag den 21. Juni d. J. bei der Kasse nicht freiwillig beteiligt habe, so habe doch auch an diesem Tage seine Massen- mitgliedschaft bestanden; denn bei der beklagten Kasse sei die Beitragszahlung eine wöchentliche. Vorliegen- denfalls habe sie sich auf Montag den 22. Juni d. J. erstreckt; es sei also weder in der Beitragszahlung noch in der Mitgliedschaft eine Unterbrechung eingetreten.

Kläger beantragt deshalb für die Zeit vom 30. Juli bis 15. August 1908 das volle Krankengeld der ersten Mitgliedschaft mit 2 A für 14 Tage = 28 A; hierauf habe er indes nur 21,50 A, nämlich für 14 Tage je 1,75 A, Krankengeld erhalten, so daß ihm noch 3,50 A zuzufallen. Da die Beklagte diesem Ansprüche die Aner- kennung verweigert, hat Kläger den Antrag gestellt, die Beklagte zur Zahlung von 3,50 A zu verurteilen. Die Beklagte hat Abweisung der Klage beantragt. Sie wen- det ein, daß Kläger am 30. Juli d. J. innerhalb der ersten 13 Wochen der Mitgliedschaft erkrankt sei. Er sei am 20. Juni 1908 aus der ersten Beschäftigung und damit auch aus der Mitgliedschaft der Krankenkasse ausgeschieden. Am 22. Juni d. J. sei er zwar wieder bei der Kasse angemeldet worden, in der Zwischenzeit habe er aber der Kasse nicht angehört; denn nicht auf die geleisteten Wochenbeiträge, sondern nur auf die wirkliche Massenmitgliedschaft könne es hier ankommen. Betreffs der Höhe der Klageforderung macht die Be- klagte geltend, daß dem Kläger nur für 13 Tage Kran- tengeld zu zahlen sei und zwar, falls der volle Kran- tengeldbetrag von 2 A täglich zugrunde gelegt würde, 2 x 13 = 26 A, hierauf habe Kläger 22,75 A erhalten, demnach noch nachzuzahlen 3,25 A.

Entscheidungsgründe.

Die Beklagte gründet ihren Antrag auf Abweisung der Klage auf die Behauptung, daß Kläger am 20. Juni d. J. aus der ersten Mitgliedschaft begründenden Beschäftigung ausgeschieden, aber erst am 22. Juni d. J. von neuem in versicherungspflichtige Beschäftigung getreten und Massenmitglied geworden sei. Die Erkrankung des Klägers sei am 30. Juli d. J. eingetreten. In diesem Tage wären aber noch nicht 13 Wochen nach Wieder- beginn der Mitgliedschaft verfloßen gewesen.

Nach § 20 des Statuts seien aber in Fällen solcher Art die Massenleistungen nur im gesetzlichen Mindest- betrage, insbesondere das Krankengeld nur in Höhe der Hälfte des durchschnittlichen Tageslohnes zu gewähren.

Dieser Einwand ist zu verwerfen. Kläger ist zwar am 20. Juni d. J. aus der Beschäftigung ausgeschieden, er hat aber, da der auf den 21. Juni d. J. fallende Sonntag als Arbeitstag nicht in Betracht kommt, schon am nächsten Arbeitstage, das ist Montag den 22. Juni, die neue Beschäftigung aufgenommen. Er hat also fort- gesetzt in krankensicherungsspflichtiger Beschäftigung geblieben. Hiernach und da im allgemeinen geringfügige Zwischenräume bei dem Uebergange von einer Beschäftigung zur anderen als Unterbrechungen nicht an- zusehen sind (zu vergleichen Sahn, Kommentar zum Krankenversicherungsgezet, 3. Aufl., S. 175, Anm. zu § 28 des Krankenversicherungsgezetes), kann nicht an- erkannt werden, daß Kläger zur Zeit seiner Erkran- kung, das ist am 30. Juli d. J., der Kasse weniger als 13 Wochen ununterbrochen angehört hat. Die im § 20 des Statuts vorgesehene Herabsetzung der Massen- leistungen kann daher auf den Unterstützungsanspruch des Klägers keine Anwendung finden.

Anlangend die Höhe der Klageforderung, so steht un- bestritten fest, daß für die Bemessung des klägerischen Anspruchs die erste Mitgliedschaft in Betracht kommt. Das Krankengeld ist in dieser Klasse nach § 13 des Statuts auf 2 A täglich festgesetzt. Dem Kläger steht daher im ganzen ein Krankengeld von 13 x 2 = 26 A zu; erhalten hat er 22,75 A, also weniger wie in der Klage angegeben ist. Es hat daher die beklagte Kasse noch nachzuzahlen 3,25 A. Zur Zahlung dieses Betrages war die beklagte Kasse zu verurteilen. Die Entscheidung kann nach § 58 des Krankenversicherungsgezetes binnen 4 Wochen nach Zustellung derselben mittels Klage im ordentlichen Rechtswege angefochten werden.

Dieselbe ist nach § 58 letzter Absatz vorläufig voll- streckbar. Breslau, den 26. Oktober 1908.

Lohnbewegung.

2. Bezirk.

St. Ingbert (Zahlstelle der Filiale Saarbrücken). Im Laufe dieses Sommers hat sich unsere Zahlstelle ganz erfreulich entwickelt. Immerhin sind noch einige Kollegen vorhanden, die den Wert der Organisation und das ge- meinsame Zusammenwirken nicht begreifen wollen. Eine feste Organisation wäre auch in St. Ingbert schon längst notwendig gewesen, denn die Lohn- und Arbeitsverhält- nisse boten noch ein recht trübes Bild der sozialen Ver- hältnisse. Die Löhne schwankten von 30 bis 50 A pro Stunde, in einem Betriebe war noch die 11stündige Ar- beitszeit vorhanden, Zuschläge für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit wurden nirgends bezahlt, kurzum, in allen Teilen war eine Verbesserung dringend notwendig. Trotzdem die Verhältnisse mit aller Wucht zur Besserung drängten, hatten die Kollegen in diesem Jahre nicht mehr die Absicht, mit Forderungen an die Meister heranzu- treten, vielmehr wollten sie erst den inneren Ausbau und die weitere Kräftigung der Zahlstelle vornehmen. Die Ortsgruppe St. Ingbert des Süddeutschen Maler- und Tischlermeisterverbandes scheint aber bereits vorausgahnt zu haben, daß die rasche, organisatorische Tätigkeit der Zahlstelle zu der Notwendigkeit der Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses führen muß, und trat an unseren Verband mit der Absicht heran, einen Tarif abzuschließen. Die Verhandlungen, die nun am 29. Oktober unter Teil- nahme unseres Bezirksleiters sowie der Herren Nerlinger und Fideisen vom Vorstand des Landesverbandes Rhein- pfalz stattfanden, führten zum Abschluß eines Tarifes, der am 16. November in Kraft tritt. Der Tarif ist auf der Grundlage des Normaltarifvertrages abgeschlossen. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, der Stundenlohn für Ge- hülfen unter 20 Jahren 38 A, und 45 A für solche über

20 Jahre. Es sind also ganz beachtenswerte Erfolge, die die junge Organisation in St. Ingbert errungen hat. Nun ist es Aufgabe der Kollegen, das Errungene durch festes Zusammenstehen zu erhalten, um für die Zukunft weiter verbessernd aufbauen zu können.

3. Bezirk.

Aus Kiel wird uns mitgeteilt, daß daselbst die Firma Machler-Düsseldorf größere Arbeiten auf der Kaiserlichen Werft auszuführen hat. Die Firma kümmert sich aber um den für Kiel geltenden Lohnstarif absolut nicht, ja nicht einmal die Bestimmungen des Düsseldorf-Vertrages werden von ihr eingehalten, indem sie 45 bis 48 A Stundenlohn bezahlt. Als unsere Kieler Filialver- waltung von der Sachlage unterrichtet war, verlangte sie von den beschäftigten Kollegen, daß sie die Arbeit ein- stellen; dem kamen bis auf 3 Mann die Kollegen auch nach. Die Kieler Malerinnung sowohl als auch die Ver- bände der Gawe 1 und 2 des Arbeitgeberverbandes sind sofort benachrichtigt worden.

Bis zur Erledigung der Differenz warnen wir dringend die Kollegen, bei dieser Firma in Arbeit zu treten.

5. Bezirk.

Wittersfeld. Die Sperre über die Werkstelle Möritz dauert unverändert fort.

6. Bezirk.

Ueber die Firma Nicolaus Robinet in Gentsch b. Döbenhofen (Loth.) ist die Sperre verhängt worden.

Radierer.

Der Streit sämtlicher Branchen in der Fahrradfabrik Viktoriawerke in Nürnberg dauert unverändert fort. Bezug von Radierern nach Nürnberg ist strengstens fernzuhalten.

In der Möbelfabrik Blum u. Co. in Böhl (Walt.) sind die Radierer ausgesperrt. Bezug ist fernzu- halten.

Die Strebelwerke in Mannheim sind gesperrt. Die Direktion will die Affordröße um 30-60 Proz. kürzen.

Aus unserem Berufe.

* In Aachen haben die Kollegen der Schlichtungs- kommission dem Herrn Oberbürgermeister nachstehende Anträge unterbreitet mit dem Ersuchen, für die Durch- führung derselben Sorge tragen zu wollen:

1. Bei Vergütung von Maler- und An- streicherarbeiten grundsätzlich nur an- wählige und solche Bewerber zu berück- sichtigen, die die durch Tarifvertrag geltenden Arbeitsbedingungen dauernd anerkennen.

2. Die Verarbeitung von Bleifarben bei städtischen Arbeiten zu unterlagen.

Die Anträge sind ausführlich begründet und ist nun abzuwarten, welche Stellungnahme hierzu Magistrat und Stadtverordneten nehmen werden.

Versammlungsberichte

Castrop b. Dortmund. Das Verhalten eines großen Teiles Castroper Kollegen erweckt nehmlich den Anschein, als ob daselbst alles in bester Verfassung und in puncto Lohn- und Arbeitsverhältnisse nichts mehr verbesserungs- bedürftig wäre. Anders kann man sich die Haltung der dortigen Kollegen nicht auslegen, sonst würden sie wohl etwas mehr Interesse an den Tag legen, als es jetzt ge- schieht. Dieses zeigte deutlich der Versammlungsbesuch am 28. Oktober. Waren doch zu dieser Versammlung sämtliche Kollegen brieflich eingeladen, aber kaum die Hälfte erschien. Solch eine Laune ist unbegreiflich und verdient ernstlich gerügt zu werden, zumal in dieser Versammlung noch ein Vortrag zur Tagesordnung stand. Wir wollen hoffen, daß solches für die Zukunft nicht wie- der eintritt und machen schon jetzt darauf aufmerksam, daß am Sonnabend den 14. November, abends 8 1/2 Uhr bei Haller, Gasthof zur Post, Am Markt, eine außer- ordentliche Versammlung stattfindet, in der jeder Kollege anwesend sein muß. Auch die Kollegen von Naulzel und Umgegend sind hiermit eingeladen. Auf der Tagesord- nung steht ein Vortrag über die momentane Lage, sowie sonst noch verschiedene wichtige Punkte. Sorge also jeder dafür, daß die Versammlung gut besucht wird, denn wenn die Kollegen wollen, daß für Castrop und Umgegend ge- regelte Verhältnisse geschaffen werden sollen, muß auch ein jeder Hand ans Werk legen und alle persönlichen Differenzen beiseite lassen.

Frankfurt a. M. Die Generalversammlung für das 3. Quartal 1908 fand am 28. Oktober statt. Den Rassen- bericht erstattete Kollege Wöcher. Die Einnahmen be- trugen inkl. 3465,86 A Rassenbestand 20 290,75 A, die Ausgaben 14 239,09 A, so daß ein Rassenbestand von 6001,66 A verbleibt. Unter den Ausgaben macht sich jetzt schon eine deutliche Anziehung des Krankengeldes bemerk- bar. Die Ausgaben hierfür betragen 1403,35 A. Den Geschäftsbericht gibt Kollege Margraf. Trotz schlechter Geschäftslage wurden im 3. Quartal 109 Neuaufnahmen erzielt, dagegen überwiegt die Zahl der Abgereisten die der Zugereisten um ein ganz Erhebliches. Man geht wohl nicht fehl, diese Erscheinung auf die gegenwärtigen wirt- schaftlichen Verhältnisse in Frankfurt a. M. zurückzu- führen. Die Krise macht sich auch in unserem Beruf recht unliebsam bemerkbar, so zu bedauerlicher ist es, daß man größere Weibhinderarbeiten von Gefangenen ausführen läßt, wie das in einem städtischen Gebäude seitens des Gefängnisvereins geschieht. Andererseits wird die Wirt- schaftskrise von den Unternehmern ganz unerbört aus- genützt. Tarifdurchbrüche sind an der Tagesordnung und es bedarf eines ständigen Eingreifens durch die Verbands- leitung, um den Kollegen zu ihrem Recht zu verhelfen, ab- gesehen von den Fällen, die vor dem Gewerbegericht ihre Erledigung finden. Ein besonders trauriger Fall ist von Böhl a. M. zu verzeichnen. Der dortige Ortsgruppen-

vorsitzende des Unternehmerverbandes und Unterzeichner des im Frühjahr abgeschlossenen Tarifvertrages, Gottschalk, kann es mit Treu und Glauben vereinbaren, mit seinen Leuten einen Lohn zu „vereinbaren“, der niedriger ist, wie der tariflich festgesetzte. Leider ist die gegenwärtige Zeit nicht besonders geeignet, auch sind die Organisationsverhältnisse in dessen Werkstätte nicht derart, um diesem „Führer“ der Unternehmer die notwendige Dichtung für sein unmoralisches Verhalten zu geben. Charakteristisch an diesem Fall ist besonders, daß es auch dem Bauvorstandenden des Unternehmerverbandes nicht gelingt, diesen „Unterführer“ zur Reision zu bringen. Es würde zu weit führen, alle die einzelnen Tarifdurchbrüche hier zu schildern, nur ein Fall, der allgemeine Beachtung verdient, sei hier hervorgehoben. Eine größere Firma suchte den Passus im Normaltarif: „Nach allen Arbeitsstellen, wohin die Wegebauer mehr als eine Stunde von der Werkstätte aus zu Fuß oder mit der Bahn beträgt“, so auszulegen, als müsse man eine ganze Stunde mit der Bahn fahren, um das Wohnungsgeld und die überschüssige Zeit bezahlt zu erhalten. Aus den Ausführungen ist noch hervorzuheben, daß fünf Vorstandssitzungen, drei Konferenzen der Vertrauensleute, drei Mitgliederversammlungen, fünfzig Veranstaltungen in den Zahlstellen und zwölf Bezirksversammlungen im Stadtgebiet stattfanden. Das von der Verwaltung ausgearbeitete Lokalstatut, das gedruckt vorlag, wurde, nachdem es von Margraf kurz gezeichnet war, unverändert angenommen. Unter Verschleiden wurde ein Antrag des Vorstandes, 50 A zu bewilligen, um einer Anzahl von Kollegen den Besuch der Lehrkurse des Arbeiterbildungsausschusses zu ermöglichen, und ein weiterer, dem Kassierer pro Quartal 10 A Monatsgeld zu bewilligen, angenommen. Zum Schluß machte Kollege Margraf auf den frühen Termin der nächstjährigen Generalversammlung aufmerksam, der die Abrechnung mit der Hauptkasse für das 4. Quartal 1908 schon anfangs Dezember notwendig macht. Die Kollegen werden deshalb ersucht, um kein falsches Bild über die Mitgliederverhältnisse aufkommen zu lassen, im Monat November pro Woche je zwei Beitragsmarken zu nehmen, damit zur Abrechnung die Beiträge voll bezahlt sind. Nach einem kräftigen Appell, am 12. November nur Männer als Stadtverordnete zu wählen, die die Interessen der Arbeiter vertreten, wurde die Versammlung geschlossen.

Wittlinghausen i. G. Am 24. Oktober beschäftigte sich die Versammlung der hiesigen Mitglieder hauptsächlich mit der Bleiweißfrage und der Sonntagsarbeit. Betreffs Durchführung des Bleiweißgesetzes wurde bereits in der vorhergehenden Versammlung der Beschluß gefaßt, der Stadtverwaltung und der Gewerbeinspektion zwecks besserer Kontrolle eingehend Mitteilung zu machen, insbesondere deshalb, weil in der letzten Gemeinderatsperiode die Verarbeitung von Bleiweiß verboten war, bei dem jetzigen Bloch-Gemeinderat jedoch die Bleiarbeitenverwendung bei Malerarbeiten wieder vorgeschrieben worden ist. Da ferner ein großer Teil Meister von der Bundesratsverordnung nichts wissen will, wurde gleichzeitig beschlossen, auch den Herrn Gewerbeinspektor aufzufordern, seines Amtes zu walten und die hiesigen Malerwerkstätten gründlich zu kontrollieren. Sämtliche Kollegen sind deshalb aufgefordert worden, nichts zu verheimlichen und die Zustände in den Werkstätten klar zu Tage treten zu lassen. Betreffs der Sonntagsarbeit wurde beschlossen, ebenfalls ganz energisch vorzugehen, wenn von den Meistern die tariflichen Bestimmungen nicht eingehalten werden; vielleicht, daß sie dann zur Einsicht kommen. Die hiesigen Kollegen haben deshalb jede Sonntagsarbeit bei der Verwaltung zu melden, die dann die nötigen Schritte einleiten wird. Es ist dringend notwendig, endlich einmal Membranen zu schaffen, da in letzter Zeit sehr viel Sonntags gearbeitet wurde, ohne Lohnzuschlag und hauptsächlich von zugereisten Kollegen. Zum Schluß ergab der Ruf an die Kollegen, tüchtig zu agitieren und die Versammlungen besser zu besuchen; denn es genügt nicht, nur zahlendes Mitglied unseres Verbandes zu sein, sondern jeder Kollege soll sich die größtmögliche Mühe geben zur Gewinnung und Aufklärung der uns fernstehenden Kollegen. Erst dann, wenn wir sämtliche Kollegen für uns gewonnen haben, können wir an eine weitere Besserstellung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse denken. Alle Mann an Bord!

Queblinburg. In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung referierte am Sonnabend den 24. Okt. der Kollege Peter aus Magdeburg. Seine Ausführungen über die „Entwicklung unseres Zentralverbandes und die Bedeutung des Normaltarifes für die deutsche Kollegenschaft“ wurden von den Kollegen mit Interesse aufgenommen. Er betonte, obgleich unsere Organisation sich soweit entwickelt habe, daß über 50 Prozent der im Deutschen Reich beschäftigten Gehilfen in ihr organisiert wären, wir doch unsere Augen darauf zu richten hätten, daß noch sehr viel fernstehende Kollegen zu gewinnen seien. Wir müßten alle Hebel in Bewegung setzen, um unsere Organisation so auszubauen, daß sie den Anforderungen, die in kommenden Zeit an sie gestellt würden, gewachsen sei. Die Agitationsarbeit dürfe nie erlahmen und empfehle er insbesondere eine intensive Hausagitation sowie Werkstättenbesprechungen, womit bisher immer gute Erfolge erzielt seien. An den Vortrag knüpfte sich eine Aussprache und waren die Kollegen darin einig, auch hierorts für die Erstarbung unseres Verbandes zu sorgen. Unter „Verschiebung“ kam Kollege Peter noch auf die Verschmelzung der kleineren Filialen zu sprechen, doch können die Queblinburger Kollegen sich dazu noch nicht entschließen. Mehrere Kollegen geben bekannt, daß sie mit Einladungen zu einer Ortsvereinsversammlung der Hirsch-Dunderischen Maler beabsichtigt seien und wurde der Beschluß gefaßt, diese Versammlung zu besuchen. — In dieser Versammlung sprach der Gewerkeinspektor Hinz aus Magdeburg über das Thema: „Die Gewerkschaftsfrage der Gegenwart“. Seine Ausführungen gipfelten, wie nicht anders zu erwarten, darin, daß die freien Gewerkschaften absolut unfähig wären, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, hingegen die Gewerksvereine die einzigen Gebilde seien, durch welche bessere Verhältnisse für die Arbeitererschaft geschaffen werden könnten, nur müßten die Arbeiter erst so vernünftig sein und in die politisch-neutralen Gewerksvereine eintreten. Als Beweis für seine Behauptungen führte er an, die Gewerkschaften hätten früher die Tarifverträge sowie das Unterstufungsgeld bekämpft, während sie jetzt

gerade das Gegenteil machten und für Schaffung von Tarifverträgen seien und das Unterstufungsgeld ausbauen, sogar besser wie die Gewerksvereine. Die Gewerksvereine hätten dieses Bestreben aber schon von Anfang an gezeigt und — da die freien Gewerkschaften jetzt keiner Lust nach in die Fußstapfen der G.-V. treten, glaubt er, daß bald die Zeit gekommen sei, in welcher die freien Gewerkschaften sich politisch neutral stellen würden und dann eine einheitliche große Arbeiterorganisation zustande käme. Weiter schimpfte er noch weiblich über die Christen und Weiben. Es war ein Gebere über das Wollen und Können der Gewerksvereine, aber Tatsachen darüber, was sie bisher geleistet haben, brachte er nicht. Seitens unserer Kollegen, insbesondere durch den Kollegen Peter, der mitanwesend war, wurde ihm an der Hand von Tatsachen, schon allein aus unserer Organisation, nachgewiesen, was eine Gewerkschaftsorganisation zu leisten vermag. War der Herr Gewerkeinspektor in seinen ersten Ausführungen sachlich gewesen, so änderte sich das Bild, als er das Schlußwort hatte. Dann ging es aber los und als ihm dann einige drastische Zwischenrufe zuteil wurden, spielte er den Bekränkten und ließ durchblicken, daß er eventuell zum Kabi laufen wolle, um die angeblich raupponierte Ehre der Gewerksvereine wieder herstellen zu lassen. Ganz zum Schluß bekam er dann anscheinend einen Tobfuchtsanfall und forderte unsere Kollegen auf, ihre Verbandsbücher unserem Vorstand vor die Füße zu werfen und mit ihm in das gelobte Land der Gewerksvereine zu ziehen. Erfolg hatte er freilich nicht gehabt und wird er auch nicht haben. Die Queblinburger Kollegen haben ihn ruhig allein ziehen lassen und mit ihm seine große „einheitliche“, aber politisch neutrale Arbeiterorganisation. Zu bemerken ist noch, daß unser ehemaliger Kollege Saalmann, der, da er jetzt bei den Hirschen ist, glaubt über unseren Verband schimpfen zu können, die Erfahrung machen mußte, daß, wer im Glashaufe sitzt, nicht mit Steinen werfen darf. Der hiesige Ortsverein der Maler wird wohl nach dieser Versammlung eingesehen haben, daß für ihn bei uns nichts zu holen ist.

Necklinghausen. Die öffentliche Versammlung am Sonntag, den 1. November im Radeckchen Lokale an der großen Gießstraße erfreute sich eines verhältnismäßig guten Besuches. Es ist das ein Zeichen, daß der Gedanke und die Notwendigkeit der Organisation auch in den rückständigsten Gegenden und Städten immer mehr an Boden gewinnt. Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern ist, wo der größte Teil der Kollegen Deutschlands organisiert ist, zum Segen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die letzteren für Necklinghausen und Umgegend zu erörtern, hatte sich in dieser Versammlung der Kollege Wuchel aus Köln zur Aufgabe gestellt. An Hand der Statistik zeigte Redner den Unterschied der Löhne und der Arbeitszeit in den Orten mit guter und mit schlechter oder gar keiner Organisation. In den letzteren Orten gehört auch bisher Necklinghausen. Es ist deshalb kein Wunder, wenn hier die Verhältnisse so miserabel sind. Hinzu kommt, daß die Lebensmittel bezw. der Lebensunterhalt in den letzten Jahren ungeheuer im Preise gestiegen sind und besonders in den industriell schnell entwickelten Städten wie Necklinghausen. Diese Lohnerhöhung kann nur durch Erhöhung der Löhne wieder weit gemacht werden. Redner geht dann auf die vielen Erkrankungen und auf die Arbeitslosigkeit in dem Anstreichergewerbe ein — und kommt zu dem Ergebnis, daß nur die Organisation, der Zusammenschluß aller, in der Lage ist, die Kollegen gegen alle Unbilden über Wasser zu halten und die Verhältnisse nach jeder Richtung zu bessern. Die Kollegen müssen sich ihrer Berufsvereinnigung anschließen und das um so mehr, als die Meister im Arbeitgeberverbande sich eine schlagfertige Organisation gegen die Bestrebungen der Gehilfen geschaffen haben. Man beabsichtigt von jener Seite die Sprengung der Arbeiterorganisationen. Darum muß der letzte Gehilfe sich seiner Organisation anschließen, um dieser Absicht ein Paroli bieten und siegreich im Interesse der Kultur den Kampf zu Ende führen zu können. Es werden nach diesen Ausführungen von einigen Kollegen verschiedene Mißstände in Necklinghausen und Umgegend aufgedeckt. Des Ferneren wird festgestellt, daß durch das flaue Verhalten der Christlichen die Verhältnisse auf den Hund gekommen sind. Ueberstunden werden nicht mit einem Zuschlag bezahlt und dergleichen mehr. Der christliche Verband tut diesbezüglich nichts. Er ist so gut wie von der Bildfläche verschwunden. Wenn seine Drahtgeber jetzt nach der Gründung einer Filiale unseres Verbandes wieder auf der Bildfläche erscheinen, so nur zu dem offensbaren Zweck, die Einigkeit der Kollegen zu durchbrechen. Es muß deshalb das Bestreben aller sein, die Kollegen aufzurütteln und ihnen zu zeigen, daß nur der Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Linder und Weißbinder diejenige Organisation ist, die imstande und gewillt ist, die bestehenden Mißstände zu beseitigen und menschenwürdige Zustände herbeizuführen. Darum nochmals: hinein in den Verband. Wir können mit dem Ergebnis der Versammlung vollauf zufrieden sein. So weiter gearbeitet, und im schwarzen Necklinghausen werden auch im Anstreichergewerbe anständige Zustände Platz greifen.

Begefac. Die Zahlstelle Begefac umfaßt mit den zahlreichen ländlichen Orten, die ihr zugehören, ein ziemlich großes Arbeitsfeld. Insgesamt 56 Meister sind hier tätig, die durchschnittlich je 1—2 Gehilfen beschäftigen. Ist nun auch erfreulicherweise der größte Teil der Kollegen organisiert, so stehen doch immer noch 10 bis 12 Unorganisierte unserem Verbande fern. Im eigentlichen Interesse der hiesigen Kollegen liegt es aber, auch diese für die Organisation zu gewinnen, um geschlossen und einmütig dazustehen, damit wir auf das Erträglichste wieder weitere Verbesserungen anfragen können. Selbstverständlich erwarten wir aber von jedem einzelnen Mitglied, daß es gut auf dem Posten ist und das bisher Versäumte nachholt. War doch die Laubzeit unter den Kollegen in letzter Zeit so hervorgetreten, daß der größte Teil sich gar nicht in den Versammlungen blicken ließ. Hoffen wir, daß diese Periode der Gleichgültigkeit vorüber ist und ein frischer Geist die Kollegen neubelebt, der uns die sichere Gewähr gibt, daß es vorwärts geht, trotz und alledem!

Gewerkschaftliches und Soziales.

Ueber das Problem der Arbeitslosenversicherung faßte auf dem kürzlich in Rom stattgefundenen „Inter-

nationalen Kongress für Arbeiterversicherung“ Geh. Regierungsrat Leo seine Ideen in folgende Thesen zusammen:

- a) Von den bisher betretenen Wegen zur Lösung des Problems der Arbeitslosenversicherung ist:
 - a) die obligatorische allgemeine Arbeitslosenversicherung am schwierigsten durchzuführen und bisher nirgends durchgeführt. Ihre Durchführung könnte, falls überhaupt möglich, in Deutschland vielleicht in Anlehnung an die Berufsgenossenschaften (!) erfolgen, wobei die bekannten Vorschläge von Bacher am zweckmäßigsten wären. Ein Bedürfnis ist bisher nicht nachgewiesen;
 - b) alle fakultativen Arbeitslosenkassen entbehren größerer Bedeutung, da sie notwendigerweise sich auf einen kleinen Kreis leistungsfähiger und leistungswilliger Personen beschränken. Eine Lösung des Problems ist in ihnen nicht zu finden;
 - c) die einzigen großen positiven Leistungen liegen bisher nur auf dem Gebiete der Selbsthilfe vor;
 - d) Das Genter System ist die verhältnismäßig einfachste und praktischste Teillösung des Problems für die organisierten Arbeiter. Es liegt keine Veranlassung vor, daran zu zweifeln, daß es auch bei Verwendung des Staates in Norwegen und Dänemark innerhalb seiner Grenzen Befriedigendes leisten wird. Seine Brauchbarkeit hängt ab von dem Vorhandensein einer guten Arbeiterorganisation. Seine Anwendung in den einzelnen Ländern hängt ab von grundsätzlichen, politischen und Zweckmäßigkeitsabwägungen;
 - e) das System von Roubaix, bei dem die Arbeitgeber sich beteiligen, ist eine Weiterbildung des Genter Systems;
 - f) die Frage der Sicherstellung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit kann bei Erreichung gewisser Stufen der Volkswirtschaft als Frage der Regelung der Arbeitsbedingungen aufgefaßt werden. Die Arbeitslosigkeit kann ein Objekt der Regelung im Tarifvertrag bilden, und die Entwicklung zum Generaltarif für ganze Gewerbe bildet die Vorbedingung dafür. Wenn die Arbeitgeber eine Verpflichtung zur Mitwirkung bei der Sicherstellung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit freiwillig anerkennen, so kann diese Mitwirkung geteilt werden auf dem Wege vertraglicher Vereinbarung durch Schaffung gemeinschaftlicher Einrichtungen im Generaltarif, oder auf dem Wege von Geni;
 - g) eine organische Lösung im Tarifvertrag, da wo sie möglich ist, ist einer Versicherungslösung vorzuziehen.

Von besonderer Bedeutung ist hiervon für uns der Punkt f, dessen wir uns zur gelegenen Zeit erinnern werden.

Armut und Sterblichkeit. Ueber den inneren Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Lage und der Sterblichkeitsziffer gibt mit erschreckender Deutlichkeit eine Tabelle Aufschluß, die von der medizinischen Abteilung des statistischen Bureaus in Hamburg neuerdings veröffentlicht wird. In einem Stadtteile, in dem auf den Kopf der Bevölkerung ein Einkommen von ca. 400 A fällt, starben jährlich durchschnittlich 20 Menschen unter 10 000 Einwohnern, in einem anderen Stadtteil mit einem Durchschnittseinkommen von 350 A pro Kopf starben nur 9 Menschen auf 10 000 Einwohner. In dem ersten Stadtteile starben von 10 000 Säuglingen 44, in dem letzteren nur 8 pro Jahr; in einem Stadtteile, in dem das Durchschnittseinkommen nur 338 A beträgt, erreichte die Sterblichkeitsziffer die unerhörte Höhe von 55 auf 10 000 Säuglinge.

Unter dem Eindruck dieser Statistik schrieb selbst eine gut bürgerliche Hamburger Zeitung: „Das sind furchtbare Zahlen, die ein Bild sozialen Elends geben, wie es jeder Hinweis auf das Sinken der allgemeinen Sterblichkeitsziffer nicht verwischen kann. Gewiß, die Sterblichkeitsziffer war im vergangenen Jahre günstiger als zuvor, aber daran trägt die günstige Sommerwitterung die Schuld, das ist nicht Verdienst unserer besseren Wohlfahrtspflege, obwohl anerkannt werden soll, daß manches besser geworden ist. Diesen Unterschied zwischen der Sterblichkeitsziffer der armen und der reichen Bevölkerung auf ein Minimum herabzubringen, ist A und O jeder Sozialpolitik. Wie wenig ist aber die soziale Wohlfahrtspflege bei uns auf diesem Wege vorwärts gekommen. Armut ist noch immer die schlimmste Todesursache; diese Tatsache wird durch die Statistik bei uns wieder zur neuen Wahrheit. Wird sie bei uns auch zur ersten Warnung und Mahnung werden?“

Was tut unser Staat eigentlich zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit? Wird bei uns den Mittellosen die Milch gratis verabreicht, wird bei uns im Sommer, wenn die Hitze und Angusthize die Kinder in Scharen vom Leben zum Tode führt, dafür gesorgt, daß besonders vorsichtig aufbewahrt, frische Milch auch dem ärmsten Säugling gegeben werden kann? Wir haben einige Privatwohltätigkeitsanstalten, die Milch zu billigen Gelde verkaufen, wir haben auch einige Institute, wo die Kinder Aufnahme finden — wenn ihre Eltern getraut und sie selbst getauft sind — auch der Staat nimmt sich der Armen- und Waisenpflege an — aber genügt das denn, um dem Tod so viele Opfer zu entreißen? Gewiß, die geringe Lebensfähigkeit der Arbeiterkinder mag in manchen Fällen der innere Grund für die große Sterblichkeit sein, obwohl auch sie herbeigeführt ist durch die Lebensverhältnisse der Eltern. Die Hauptschuld an der reichen Ernte des Todes tragen die äußeren Verhältnisse, auf die bessernd einzuwirken die unabweisbare Pflicht des Staates ist.

Aber um unsere soziale Gesetzesfürsorge ist es schlecht bestellt. Bei uns besteht noch keine Anordnung, die das Wohnen in Kellern und Speichern verbietet, bei uns wird nicht dafür gesorgt, daß jedes Zimmer, das zum menschlichen Aufenthalt bestimmt ist, genug Luft erhält, daß die Krankheitskeime vertrieben werden, bei uns wird vor allem den Vermitteln und Hilfslosen, den kleinen Säuglingen, nicht so viel Sorge zugewendet, wie es die dringendste Not verlangt. Hier muß der Staat seine Mittel zur Verfügung stellen, er muß es schon aus politischem Interesse, um der graumägen Wahrheit, Armut ist die stärkste Todesursache, die Spitze zu nehmen, vielmehr aber muß es im Interesse der eigenen Erhaltung liegen. Wir haben in Hamburg noch lange nicht das getan, was erste Pflicht der Sozialpolitik sein sollte, und hier muß mehr geschehen. Dafür soll das Geld vor allem

vorhanden sein, viel eher, als zu Ausgaben, über deren Notwendigkeit sich streiten läßt. Wie dringend erweiterter Säruglingschutz und eine weitsehendere Sozialhygiene uns erforderlich, das zeigen die angegebenen Vergleichszahlen, sie bedeuten eine kalte und grausame Kritik, die nicht von Menschen, sondern vom Tode geschrieben worden ist."

Die Sozialpolitik und die politischen Parteien in Deutschland. Mit Rücksicht auf die immer wiederkehrende Behauptung, daß die Sozialdemokratie im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien eine Feindin der Sozialgesetzgebung sei, wollen wir einige Abstimmlungen der verschiedenen Parteien vorführen.

Die bürgerlichen Parteien lehnten ab: 1. beim Krankenversicherungsgezet; a) daß die Versicherung auf alle Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern ausgedehnt werde; b) daß vom Beginn der Erwerbsunfähigkeit an Krankengeld bezahlt werde; c) daß das Krankengeld für die ganze Dauer der Erwerbsunfähigkeit bezahlt werde; d) daß das Krankengeld die Höhe des ortsblichen Tagelohnes und für Berufsarbeiter mindestens 2 M betrage; e) daß eine einheitliche Organisation für die Versicherung geschaffen werde.

2. Bei der Unfallversicherung: a) daß alle Arbeiter versichert werden; b) daß die Verletzten in den ersten 13 Wochen ärztliche Hilfe und Rente auf Kosten der Unfallversicherung erhalten; c) daß durch die Rente der verlorene Arbeitsverdienst voll ersetzt werde; d) daß den Witwen getöteter Arbeiter eine Rente in Höhe von 50 Prozent des Arbeitsverdienstes gegeben werde; e) daß Arbeiterausschüsse bei der Verwaltung mitwirken.

3. Bei der Alters- und Invalidenversicherung: a) daß alle Arbeiter, auch die Seimarbeiter, die keinen Handwerker und Kleinbauern versichert werden; b) daß vom 60. Lebensjahre ab Altersrente gezahlt werde; c) daß das Reich einen Zuschuß von 90 M zu jeder Rente zahlt; d) daß die Beiträge für die Versicherten mit weniger als 550 M Einkommen jährlich aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden; e) daß die Masseneinteilung nach dem wirklichen Arbeitsverdienst erfolgt; f) daß die Versicherten Invalidenrente erhalten, die nicht mehr die Hälfte ihres früheren Einkommens erwerben können; g) daß Kranken von dem Tage an, wenn sie kein Krankengeld mehr erhalten, Invalidenrente gezahlt werde; h) daß die Invalidenrente mindestens 30 Proz. des früheren Einkommens betragen solle; i) daß Krankheitsverhütungsvorschriften zu erlassen sind; k) daß eine einheitliche Organisation für das ganze Reich geschaffen werde.

Dagegen forderte die Sozialdemokratie bei der Revision der Unfallversicherung: a) Ausdehnung der Versicherung auf Fensterputzer; b) auf Personen, die, ohne zur Schiffsbesatzung zu gehören, auf deutschen Seefahrzeugen in inländischen Häfen beschäftigt werden, soweit sie nicht auf Grund anderer gesetzlicher Bestimmungen gegen Unfall versichert sind; c) auf Dienstleistungen versicherter Personen bei Rettung und Bergung von Personen oder Sachen; d) für Unfälle, welche der Schiffsmann erleidet, wenn er im Auftrage des Vorgesetzten das Schiff verlassen hat; e) Versicherung der Gefangenen, Unfallfürsorge für Gefangene.

Außerdem forderten die Sozialdemokraten folgende Erhöhungen der zu zahlenden Rente: a) Fakultative Versicherung der Arbeitslosen; b) volle Anrechnung von 1500 Mark des Jahresarbeitsverdienstes, statt wie früher 4 M vom Tagesarbeitsverdienstes; c) Rentenzahlung vor Ablauf der 13. Woche; d) Berechnung der Rente nach dem tatsächlichen Arbeitsverdienst für Berufsarbeiter (z. B. Förster, Gärtner, Drayer, Maschinenführer, Geizer, Müller, Bieglar, Stellmacher, Schmiede usw.), die in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt sind; e) Berechnung der Rente nach dem tatsächlichen Arbeitsverdienst für die in Schlepper- und Leichterbetrieben beschäftigten Personen der Seeschiffsbetriebe; f) Anrechnung des 11fachen Betrages einer Monatssteuer statt des 9fachen Betrages für Seelente als Jahresarbeitsverdienst; g) Erhöhung der Rente für Schiffsmänner nach vollendetem 17. statt 18. Lebensjahr auf die Rente für Leichtmatrosen, und Erhöhung der Rente für Leichtmatrosen nach vollendetem 19. statt 20. Lebensjahr auf die Rente für Vollmatrosen.

Damit vergleiche man, was die bürgerlichen Parteien für die Arbeiter getan haben und dann urteile man, wo die wahre Arbeiterfreundlichkeit zu finden ist.

Die Moral der Masse. Unter diesem Titel veröffentlicht Dr. Friedrich Maumann in den „Süddeutschen Monatsheften“ einen sehr lesenswerten Artikel, aus dem wir für unsere Leser die wichtigsten Sätze als Stoff zum Nachdenken herausheben wollen. Der Verfasser schreibt: „Als die Sozialdemokratie noch jung war, verkündigte sie viel lauter als jetzt, daß sie der Welt eine neue Moral zu bringen habe. In neuerer Zeit ist nur noch selten davon die Rede, und zwar nicht nur deshalb, weil es gelegentlich in sozialdemokratischen Kreisen an der nötigen Erziehung zu den allerniedrigsten Vorbedingungen weiterer moralischer Fortschritte zu fehlen scheint, sondern auch und vor allem deshalb, weil der Begriff der neuen Moral höchst schwierig zu fassen ist.“

Vielleicht ist es richtig, daß wir zunächst einmal feststellen, welche Elemente in der Sittenlehre des Durchschnittsarbeiters fehlen werden.

Es fehlt das, was man die Moral der Erbschaft nennen kann. Darunter verstehen wir den Gedankengang, der am reinsten beim Bauerntum vertreten ist, dort, wo Auerbenrecht waltet, der aber auch überall sonst sich einstellt, wo feste Besitzverhältnisse vorliegen. Der Bauer hat den Hof zu erhalten. Das ist das Gesetz seines Lebens. Um dieses Stückes der Erbschaft willen tut er das Menschennögliche, arbeitet unbegrenzt, heiratet um der Guterhaltung willen, zieht ins Altenteil, wenn das um des Gutes willen nötig ist. In Tagen, wo Frau Sorge neben ihm sitzt, hört er nicht auf, den Nachkommen den Hof retten zu wollen. Die Welt mag sonst sich drehen, Verfassungen mögen wechseln, wenn nur die Familie bleibt, was sie ist. Nicht als ob bei allen Bauern mit Auerbenrecht diese Moral der Erbschaft in voller Reinheit ausgebildet wäre. Es gibt auch unmoralische Bauern, die ihren Hof veräußern. Aber der eigentliche Bauer mißt sich und seine Taten am Maßstabe der Erbschaftserhaltung und hat daran den festen Punkt für das, was er tun und lassen soll. Er hat sein besonderes häusliches Pflichtengefühl.

Es fehlt aber auch der Masse die Moral der freien künstlerischen Ausbildung. Darunter verstehen wir einen Gedankengang, der beim Künstler am reinsten zutage tritt, der aber überhaupt das Ideal der

Bildungsjacht ist, soweit sie etwas taugt. Der einzelne will sich selbst vervollkommen, seine Eigenart herausarbeiten, seine eigenen Ueberzeugungen pflegen, bringt Opfer, um sich selbst frei zu bleiben, hindert lange Nächte hindurch, um seinen seelischen Reichtum zu vermehren. Alle Verehrung Wöhles hängt mit diesem Persönlichkeitsideal zusammen. Die Verehrung der Schriften Nietzsches hat dieselbe Quelle. Das Einzel-Ziel bezieht sich selbst als einen Edelstein und sucht seinen Glanz zu vermehren, indem er sich abschleift.

Etwas anders liegt es mit der Moral des religiösen Glaubens. Sie ist für den Arbeiter an sich zugänglicher, als die Moral der Erbschaft und des persönlichen Künsterstums, aber es ist auch hier nicht zu leugnen, daß gerade in Deutschland die Hindernisse sehr groß sind. In der Kirche bleibt der gewöhnliche Arbeiter ein bloßer dienender Bruder, ein Objekt geistlicher Erziehung. Wann gelangt er bis in eine Gemeindevertretung hinein? Die Gleichheit wird verpöndelt, aber nicht ausgenutzt. Deshalb ist das Verhältnis zwischen Religionsgemeinschaft und Arbeiterschaft im allgemeinen so kühl, und oft ist es gegensätzlich. Und die Moral, die in den Kirchen verkündigt wird, enthält zwar sicherlich Stücke, für die auch der Arbeiter und gerade er sehr empfänglich ist, daneben aber ist sie überall stark durchsetzt mit der Moral des Besitzes. Da mir die katholischen Katechismen weniger bekannt sind, liegt es mir nahe, auf den lutherischen Katechismus zu verweisen. Trüben in der großen Stadtschule ist eben Religionsunterricht und die Kinder sagen gemeinsam die Erklärung zum ersten Artikel an: „Ich glaube, daß mich Gott erschaffen hat, . . . dazu Kleider und Schuh, Essen und Trinken, Haus und Hof, Acker, Vieh und alle Güter.“ Für wen ist das eigentlich geschrieben? Weder für diesen Lehrer, noch für diese Kinder, denn sie wohnen zur Miete, haben keinen Acker, kein Vieh, — werden es niemals besitzen. Ganz abgesehen von aller Dogmatik, wie entfernt ist die Lebenslust der gottlästlichen Verkündigung von dem geregelten Massendasein unserer Tage! Dort ist alles frei, einfach, ein Leben geringer Bedürfnisse und geringen Zwanges, ein Leben unter der Sonne und ohne feste Tagesordnung, hier aber folgt ein Tag aus dem anderen und es klingt wie die Moral eines Märchens: Sehet die Vögel unter dem Himmel an, sie säen nicht, sie ernten nicht und euer himmlischer Vater nährt sie doch; sehet ihr denn nicht viel mehr als sie?!

In einer Hinsicht freilich bietet die Kirche dem Arbeiter eine Moral, die wie für ihn geschaffen erscheint und die tatsächlich für ihn geschaffen worden ist, die Moral der Geduld und Ergebung in das Unvermeidliche. Als Unterton im Kampfe ums Dasein kann das Vieh vom jeltigen Leiden nicht entbehrt werden, es fragt sich nur, ob es statthaft ist, es gelunden Leuten vorzuführen, die ihren Beruf ausfüllen, mag dieser Beruf selbst auch in einfacher und einträglicher Mühe bestehen. Das ist entschieden zu verneinen. Es ist unverantwortlich, wenn man ganze breite Volkskreise von vornherein als mittelbesitzlos, bedürftig und irdisch hoffnungslos hinstellt. So naht und deutlich, wie wir das jetzt hier aussprechen, wird es ja auch in der Praxis selten gesehen. Meist tritt die Moral der Geduld in einer Mischung auf mit einer Moral der kleinen Mühslichkeiten, und erst in dieser Mischung wird sie gefährlich, denn in dieser Zusammensetzung paßt sie für den kleinen Bestand kleiner Leute, enthält sicherlich eine gewisse Wahrheit und tötet doch gleichzeitig alle Ansätze größeren Willens.

Als Moral der kleinen Mühslichkeiten bezeichnen wir eine Lebensauffassung, die auf höhere und allgemeinere Ziele von vornherein verzichtet und den einzelnen nur als Lohnempfänger und Familienvater betrachtet. Als solcher denkt er über die Geschichte der Menschheit, über Massenkampf und Politik, über Atheismus und Kirche überhaupt nicht nach. Oft ist er „arbeitswillig“, gehört zum Parteigänger und führt ein tabellofes Leben. Der Geistliche wird an seinem Grabe über den Spruch reden: Sei getreu bis in den Tod! Solche Leute sind in keiner Weise schlecht an sich und werden bisweilen von den zielbewußten Arbeitern mit unerbittlicher Probe behandelt, obwohl sie selber ja gar nichts Böses beabsichtigen; im ganzen aber ist doch diese Art von Moral der kleinen Mühslichkeiten die größte Gefahr für die Masse.

Um dieses harte Urteil zu bekräftigen, muß man sich die Zustände, in denen diese Schicht lebt, lebendig vor Augen stellen. Aller Individualismus ist hier unten klein und oft kleinlich. Denken wir an die Textilarbeiter! Sie will leichtere Arbeit haben als ihre Nachbarin, will besseren Akkord, will den Platz am Fenster bekommen, will bezahlte Ueberstunden leisten können, kurz, sie will allerlei Kleines, um sich besser zu stellen. Das ist an sich ihr gar nicht zu verdenken, sobald aber dieser vielgestaltige kleine Wille sie ganz beherrscht, dann wird sie selber Wachs in den Händen des Werkmeisters und hat keine Bedeutung für den Kampf der Frau um ihren Arbeitsertrag im ganzen.

Der ältere Liberalismus verwies den Arbeiter auf sich selber: Mensch, hilf dir selbst! Das war und ist in der Theorie eine großartige Moral, die stärkste Moral, die es in wirtschaftlichen Dingen geben kann, nur wird diese Moral in kleiner Umgebung zur Pflanzpflanze.

Die Moral der Geduld und die Moral der Selbsthilfe sind beide in ihren reinen Erscheinungsformen ehrwürdig, in Mischung aber verliert jede von ihnen ihre besondere Schärfe. Es kann trotzdem Lebensfähigkeit sein, sich mit einer solchen Mischung zu fassen. Aber was gibt das denn für eine Masse? Neue Chinesen!

Die „neue Moral“ der Sozialisten ist also leicht zu bestimmen in dem, was sie ablehnt. Es sind die bisher besprochenen Grundformen des sittlichen Lebens, die Moral des Besitzes, des künstlerischen Individualismus, der Geduld und der kleinen Mühslichkeiten. Aber was richtet sie nun als neues Ideal auf? Sie sagt zum abhängigen Menschen: Du bist deiner Natur nach ein Stück Masse; lerne es mit Bewußtsein als dein Schicksal zu tragen, daß du Masse bist! Gehe auf in der Gesamtwesen der Arbeit, des Proletariats, der Demokratie und schließlich der Menschheit!

Die sozialistische Moral mocht aus der Not eine Tugend, indem sie die Gleichförmigkeit der proletarischen Erziehung zum Ideal der Zukunft mocht. Natürlich soll die Zukunftsgleichheit viel besser sein als die Gegenwartsgleichheit. Inwiefern derartige Gedanken volkswirtschaft-

lich durchführbar sind und inwiefern sie einen Fortschritt der Produktivität bedeuten würden, geht uns hier nichts an. Die Frage ist, ob dieses Gleichheitsstreben sich als Moral der Masse wird festhalten lassen.

Es gibt ohne Zweifel starke Gründe für diese Art von Massenmoral. Die Ungleichheiten des Lebens werden von unten her als Ungerechtigkeiten empfunden, die Kontraste zwischen Reichtum und Bedürftigkeit prägen sich fast täglich von neuem ein, und die ganze Geistesrichtung ist auf Uniformierung gestimmt. Das ist es, was die Sozialisten damit meinen, wenn sie behaupten, der Proletarier müsse mit Naturnotwendigkeit sich einer Gleichheitsmoral zuwenden, es liege das im Wesen der modernen Masse.

Aber wer will uns garantieren, daß nicht im Laufe der Zeit eine pessimistische Auffassung des Oberhand gewinnt, daß man die Uniformierung des Daseins als ein zwar unentrinnbares, aber trauriges Massenelend beargreift und an innerer Sehnsucht nach Individualismus krank wird?

Die großen Theoretiker der Sozialisten haben den Arbeitern eine Welt ohne Gott vor Augen gestellt. An die Stelle, wo vorher das Angesicht Gottes leuchtete, ist nun „die Entwicklung“ getreten. Diese Entwicklung kann mindestens so verschieden aufgefaßt werden als Gott. Die einen werden in ihr die Rüge des Wohlwollens und der Gerechtigkeit entdecken, und die anderen die Rüge der Härte und der Gleichgültigkeit gegen das Menschenwohl.

Solange die Masse glaubt, daß die Gerechtigkeit ihrer Gleichheitsmoral bald siegen muß, wird sie von da aus ihr Leben regeln und für diese Moral große Opfer bringen, aber wenn die Zeit der Erfüllung der Weissagungen sich hinauszieht, wenn das Weltgericht über den Kapitalismus nicht eintritt, was dann? Dann macht sich der einzelne in der Masse irgend eine arme Moral der Parteilichkeit zu recht, eine Moral der Bescheidenheit oder des hilflosen Fortnes, eine Moral des Anarchismus oder der überirdischen Mystik.

Einstweilen wollen wir uns damit begnügen, den Raumanschen Gedankenang ohne Kritik wiederzugeben. Wir behaupten uns vor, dieses interessante Thema demnächst auch von unserem Standpunkte aus zu erörtern. Die Frage ist wichtig genug, um uns zu beschäftigen.

Vom Ausland.

Oesterreich. Graz, sämtliche Wagenladereolen, sowie Diefing bei Wien (Werkstätte Brandtner). Die Werkstätte M. Lefsch in Gypnan bei Bozen, in Innsbruck die Werkstätte Schraffl und Sauerwein. Gmunden. Die Werkstätte Kluge ist gesperrt.

Ungarn. Gesperrt sind die Städte: Kassa, Szekesfehvar und Zemesvar. Die Fr. Schloßnißsche Leistenvergoldungsfabrik und die Antreicherwerkstätte Joh. Felberbaum in Budapest sind gesperrt.

Schweiz. Gesperrt sind: Heidegger in St. Gallen; die Werkstätten: Keller in Sorgen, Gust. & Sul. Müller in Wädenswil, Geb. Beer in Andermatt. Nach Zürich muß jeder Bezug von Malern fern gehalten werden.

Kroatien. Mit dem 1. November d. J. ist auch der Kroatische Malerverband, der in Zagrab seinen Sitz hat, dem in Leipzig 1907 abgeschlossenen Kartellverband beigetreten. Wir begrüßen den neuen Bruderverband aufs herzlichste.

Der 16. Kongress der Gewerkschaften Frankreichs.

Paris, den 15. Oktober.
Der 16. Kongress der Gewerkschaften Frankreichs tagte vom 5. bis 10. Oktober im Saal Lohy zu Marseille. Der Kongress sollte in der Arbeitsbörse von Marseille tagen. Der Umstand, daß seine Tagesordnung die Frage des Antimilitarismus enthielt, veranlaßte einen reaktionären Marceller Gemeinderat, einen Antrag zu stellen auf Verweigerung der Arbeitsbörse an die Kongressisten. Infolge des entstandenen Tumultes kam es zu keinem Beschluß. Der Bürgermeister von Marseille erfüllte, was dem Gemeinderat zu beschließen nicht gelang, er verweigerte den Kongressisten die Arbeitsbörse, die wie alle Arbeitsbörsen Frankreichs, von der Gemeinde subventioniert wird.

Die Arbeitskonfederation ist keine Freundin von Statistiken. Wir lassen das wenige, das veröffentlicht wurde, folgen. Sie zählte im September 1908: 2586 Gewerkschaften mit 294 398 Mitgliedern gegen 2435 Gewerkschaften mit 203 273 Mitgliedern im September 1906. Die stärksten Federationen (Verbände) waren: das Bundesbündel der Eisenbahner mit 45 590 Mitgliedern, die Bauarbeiterfederation mit 40 000, die Bergarbeiter mit 30 000, die Textilarbeiter mit 20 000, die Metallarbeiter mit 14 000, die Buchdrucker mit 10 000, die Seelente und die Tabakarbeiter mit je 9000, die Bebearbeiter mit 8000. Die Einnahmen der Konfederationen betragen vom 1. Juni 1906 bis 30. Juni 1908: 24 719.15 Fr., die Ausgaben 23 534.85 Fr. Das Organ der Konfederationen, die „Voix du Peuple“, zählte 1906: 2350 Abonnenten und 2300 im Jahre 1908. Ihre Auflage hatte sich von 6300 auf 6340 erhöht. Die deutschen Genossen werden diese Zahlen belächeln und mit Recht. Nehmen doch die deutschen Zentralverbände jährlich um soviel Mitglieder zu, als die Arbeitskonfederation im ganzen zählt, und es zählt doch die deutsche Gewerkschaftsbewegung mehr als doppelt soviel Millionen Mark, als die französische Hunderttausende von Franken zu ihrem Kapital.

Insgesamt waren 1114 Gewerkschaften vertreten, 288 mehr als vor zwei Jahren.

Die Diskussion über die Haltung des Konfederationenvorstandes gab den ersten Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen. Höhere Beiträge, mehr Aufricht und Besonnenheit, sagte die Minorität, mehr revolutionären Kampfesmut und hito Erziehung, forderte die Majorität. Die Haltung des Vorstandes wurde übrigens gut geheißen. Den zweiten Teil dieser Frage bildete die Haltung des Konfederationenvorstandes gegenüber dem internationalen Sekretariat. Neben der Meinung, daß die internationalen Konferenzen unwichtig und nicht ernst seien, stand die Meinung, daß das Bureau der Konfederation durch das Fernbleiben von der Konferenz von Christiania diese zu einem Beschlusse, der ihre Kompetenz überschreite, propoziert habe. Ein Antrag wurde schließlich angenommen, dessen Wortlaut das Bureau der Konfederation beauftragt, auf die Einladungen des internationalen Bureaus zu antworten, von ihm zu verlangen, auf die Tagesordnung der nächsten Konferenz zu setzen: die Frage internationaler Gewerkschaftskonferenzen.

wo dann die Fragen, die bisher systematisch verweigert wurden, geprüft werden könnten.

Einen strittigen Punkt bildete auch auf diesem Kongress das Dilemma: Berufs- oder Industriefederationen. Nur zwei Redner traten für den status quo ein. Der Mechaniker Coupat bemühte diesen Punkt zur Darlegung der Schwächen der französischen Gewerkschaftsbewegung und zur Hervorhebung der Vorzüge der deutschen und englischen Gewerkschaftsbewegung, unter dem Einfluss des Kongresses. Er geistelte die sonderbare Tatsache, daß der französische Arbeiter in die gewerkschaftlichen Organisationen nur niedrige Beiträge zähle, in die von den Unternehmern geförderten Gegenseitigkeitsvereinen dagegen, die die Krankenunterstützung vornehmlich pflegen, sehr hohe Beiträge. Der Kongress einigte sich in dieser Frage auf einen Antrag der Metallarbeiter, der die außerordentlichen Erfolge der vor kaum 1 1/2 Jahren geschaffenen Föderation der Gebäudeindustrie hervorhebt und das Bureau der Konföderation beauftragt, innerhalb 6 Monate einen Kongress einzuberufen, der sich ausschließlich mit der Einigungsfrage in eine Föderation, der Form, der Mechaniker und der übrigen Metallarbeiter zu befassen haben wird. Außerdem lud der Kongress die Berufs-federationen ein, Verschmelzungen mit ihren bezüglichen Industriefederationen einzuleiten.

Die Behandlung einer politischen Frage — es handelt sich um den Antimilitarismus — auf einem Gewerkschaftskongress, wird um so mehr Kopfschütteln bei den deutschen Genossen erregen, wenn wir ihnen sagen, daß dieselben Gewerkschaften nicht müde werden, sich gegen die Eindringung der Politik in die Gewerkschaftsbewegung zu stemmen. Um diese widerspruchsvolle Haltung der Mehrzahl der französischen Gewerkschaften zu erklären, müssen wir die Geschichte der französischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung aufrollen. Wir wollen nur darauf hinweisen, daß das französische Nurgewerkschaftertum eine Folgeerscheinung der zahlreichen Spaltungen während der 25 Jahre innerhalb der französischen sozialistischen Partei ist. Die Gewerkschaften waren hier von vornherein von der sozialistischen Partei beherrscht. Jede Spaltung in der sozialistischen Partei hatte eine Spaltung in der Gewerkschaftsbewegung im Gefolge. Der Millerandismus tat das Seine, um die Gewerkschaftsbewegung auf die Wege zu treiben, die sie heute noch wandelt. Daß die französischen Nurgewerkschaftler aber Politik treiben, liegt in ihrer Abwendung von der politischen Partei. Da die Ausbeutung des Proletariats sich nicht auf die Fabrik beschränkt, sondern im ganzen ökonomischen Aufbau begründet ist, kann es eben auf die Politik nicht verzichten. Nur nebenbei sei noch bemerkt, daß die Pflege der Politik in direktem Widerspruch zu den Statuten der meisten Syndikate steht. Enthalten doch die Statuten fast aller Gewerkschaften den Satz: Jede politische oder religiöse Frage ist strengstens aus dem Syndikat verbannt.

Bei der Diskussion des Antimilitarismus kamen alle Argumente für und gegen zum Vorschein. Die sogenannten Reformisten sagten, daß der gewerkschaftliche Antimilitarismus sich darauf beschränken müsse, gegen die Verwendung von Militär bei Streiks Stellung zu nehmen, daß übrige aber der Sorge der politischen Parteien überlassen müsse. Wollte man dies nicht tun, sondern wie die Vorschläge lauten beschließen, dann wäre das Stimmengegen hauerndes oder vorübergehendes Zusammengehen mit der sozialistischen Partei gegen alle Logik, da die sozialistische Partei dasselbe zur Verhinderung eines Krieges beschlossen habe.

Die Revolutionäre sagten, die Arbeiter müßten den Antimilitarismus als die Propaganda des Antipatriotismus und die des bewaffneten Aufstandes im Falle eines Krieges auffassen. Die Kommission, der alle vorliegenden Resolutionen zugewiesen wurden, konnte sich nicht auf eine Resolution einigen. Die Minderheit arbeitete eine aus und eine die Mehrheit. Die der Minderheit erinnernde an die Beschlüsse des Kongresses von Amiens (die Gewährung der Freiheit an jeden Gewerkschaftler, außerhalb seiner gewerkschaftlichen Organisation der politischen Partei oder philosophischen Ueberzeugung nachzugehen, die ihm beliebt, unter der Bedingung, in seinem Syndikat nicht dafür Propaganda zu machen), schlug dem Kongress vor, zu beschließen, die wirtschaftliche Aktion direkt gegen die Unternehmer zu richten, damit der Syndikalismus sein Maximum erreiche, und empfahl den Organisationen, sich mit keiner Partei oder Sekte zu verbinden. Sie erklärte, daß die Frage des Patriotismus oder Antipatriotismus sich lediglich nach dem individuellen Bewußtsein richten müsse. Ueberzeugt, daß die Vereinigung der gewerkschaftlichen Organisationen über die Grenzen aller Länder eine mächtige Garantie des Friedens darstellt, forderte die Resolution den Kongress auf, die gewerkschaftliche Bewegung immer mehr und mehr international zu entwickeln und zu stärken, um schließlich imstande zu sein, durch intensive Aktion einen Krieg zu verhindern. Wenn eine Kriegserklärung nicht verhindert werden könne trotz des Bestrebens des internationalen gewerkschaftlich organisierten Proletariats, liege das fernere Verhalten nicht mehr in der Kompetenz der Gewerkschaften. Der Kongress möge aufs neue in bezug auf den Antimilitarismus die Notwendigkeit bestätigen, bei den jungen Arbeitern die Propaganda zu pflegen, die sich zum Ziele setzt, die Intervention der Armee bei Konflikten zwischen Arbeitern und Unternehmern zu bekämpfen.

Die Resolution der Mehrheit hatte ungefähr folgenden Inhalt: In Erwägung, daß die Armee immer mehr und mehr trachtet, den streikenden Arbeiter in der Fabrik, im Felde und im Uelster zu vertreten; in Erwägung, daß die Ausübung des Streikrechtes, so lange die Soldaten zustimmen werden, sich gegen das zivile Handwerk zu stellen und Arbeiter zu erlöchen, nur eine Illusion sein wird, weist der Kongress an, die jungen Leute zu unterrichten, damit sie zur Zeit, wo sie die Militäruniform tragen, überzeugt sind, daß sie deshalb nicht weniger Mitglieder der Arbeiterfamilie bleiben und daß sie bei Konflikten zwischen Arbeit und Kapital die Pflicht haben, von ihren Waffen keinen Gebrauch gegen ihre Arbeitsherrn zu machen; in Erwägung, daß die geographischen Grenzen nach dem Willen der Bestehenden verschiebbar sind, anerkennen die Arbeiter nur die wirtschaftlichen Grenzen, die die zwei feindlichen Klassen, die Arbeiterklasse und die Kapitalistenklasse, trennen. Der Kongress bringt die Formel der Internationale in Erinnerung, daß die Arbeiter kein Vaterland haben; da konsequenterweise jeder Krieg nur ein Aktentat auf die Arbeiterklasse ist, da er nur ein blutiges und schreckliches Mittel der Abwendung der Arbeiterklasse von ihren Forderungen ist, erklärt der Kongress, daß die Unterdrückung der Arbeiter im internationalen Sinne absolut notwendig ist, damit im Falle eines Krieges

die Arbeiter mit dem revolutionären Generalstreik antworten.

Die Resolution der Mehrheit wurde mit 681 gegen 427 Stimmen angenommen bei 43 Enthaltungen. Die leeren Stimmzettel gehörten vornehmlich den Bergarbeitern, die erklärten, die Resolution der Minorität der der Majorität vorzuziehen, da sie auf wirtschaftlichem Gebiete bleibe. Da sie aber an beiden Resolutionen etwas auszusehen hatten, enthielten sie sich der Abstimmung.

Außer dieser rein politischen Frage, die am meisten die Köpfe erhitze, behandelte der Kongress noch die rein wirtschaftliche der Verkürzung der Arbeitszeit. Jeder Delegierte brachte einen Bericht über den Stand der Verkürzung der Arbeitszeit in seinem Beruf und Land. Aus diesen Berichten war zu ersehen, daß die französische Arbeiterklasse noch weit von der in Bourges beschlossenen Forderung des Achtstundentages entfernt ist. Die Mittel, die auf demselben Kongress (Bourges 1904) angepriesen wurden, hatten also bis jetzt noch nicht den gewünschten Erfolg, die Umwendung der direkten Aktion und der Sabotage noch keine bedeutende Verkürzung der Arbeitszeit gebracht.

Der Kongress nahte seinem Schluß und behandelte noch in aller Eile: Arbeitsunfälle und Ausperrungen. Die Diskussion der ersten Frage zeigte, daß die Frau vom Unfallgesetz — was, Gesetz, kümmern sich denn die französischen Syndikalisten auch um ein Gesetz? — ja, sie wollen es nur nicht eingestehen — viel stiefmütterlicher als der Mann behandelt wird, daß der Staat weniger seine Arbeiter hintergeht als der Privatunternehmer, und daß sehr viele Arbeiter in vollständiger Unwissenheit sind über ihre Rechte.

Viele Delegierte berichteten unter der Urkunde, die den nahenden Schluß des Kongresses ankündigte, über Ausperrungen und konstatierten, daß eine Ausperrung meistens die Vernichtung der Arbeiterorganisationen verurteile. Als Hilfsmittel gegen Ausperrungen wurde ein Extrabeitrag beschlossen, den die Föderationen an die Konföderation zu zahlen haben werden. Diese Summe soll zur Unterstützung der bekannten kommunistischen Wahlzeiten verwendet werden. Wir wagen es, unsere gelinden Zweifel über die Genüge dieses Gegenmittels auszusprechen, freuen uns aber, daß auch die französischen Syndikalisten, wenn auch langsam, den Weg der Beschaffung von Munition beschreiten, ohne die kein Kampf siegreich zu Ende geführt werden kann.

Der nächste Kongress wird in zwei Jahren in Toulouse stattfinden. S. Babion.

Sachliteratur.

Illustrierter deutscher Malerkalender für das Jahr 1909, nebst Beiste: Preisliste für Maler-, Lackierer- und Anstreicherarbeiten und Stundenlohnungstabelle. Herausgegeben von Ludwig Reizberger, Dekorationsmaler, Redakteur der Deutschen Malerzeitung Die Mappe. Preis 2 M. Verlag von Georg D. W. Callwey in München.

Unter den 2. Ht. erscheinenden Malerkalendern nimmt der vorliegende seit Jahren eine hervorragende Stellung ein. Vielen Meistern und Gehülften ist er ein stets willkommenes Bekannter, da er seiner Aufgabe, im geschäftlichen Leben jederzeit mit gutem Rat und schneller Auskunft zur Hand zu sein, in bester und zuverlässiger Weise entspricht. Auch der vorliegende Jahrgang, der einen gediegenen Inhalt aufweist und mit vielem Fleiß zusammengestellt ist, wird sich wieder neue Freunde erwerben. Aus dem Inhalt heben wir hervor: 1. Teil: Notizkalender. 2. Technischer Teil: Einiges für Schriftmaler; das Abnehmen und Uebertragen von Freskomalereien; Uebelstände beim Lackieren; Rezepte zum Gebrauch für die Praxis. 3. Teil: Gewerbegelehrliche Notizen. 4. Illustrationen. 5. Tabellen, Posttarife usw., und im Beiste die Preislisten des Württembergischen Malerbundes, der Malerinnungen von Hamburg, Essen, Metz und Gunglshausen. Stundenlohnungstabelle von 25 bis 84 S.

Literarisches.

„In Freien Stunden“ beginnt mit dem 1. Januar 1909 seinen 13. Jahrgang. Unermüdllich ist in den 12 Jahren des Bestehens durch den Abdruck guter Romane, Erzählungen, Novellen, Humoresken usw. gegen die immer noch weit verbreitete Schundliteratur gekämpft worden. Die uns vorliegenden Hefte 40, 41, 42 bringen die Fortsetzung des gegenwärtig laufenden Hauptromans „Der Haubud“ von Bucura Dumbrava. Der außerordentlich billige Preis von 10 S wöchentlich ermöglicht das Abonnement der Romanbibliothek „In Freien Stunden“, welche im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erscheint, jedem Freunde guter Unterhaltungsliteratur.

Im Verlage von J. S. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: „Im Strom der Zeit, Gedichte von Ernst Brezang. 168 Seiten. Preis gut kartoniert 1.50 Mark, elegant gebunden 2 M. Der in weiten Partietreffen bekannte Genosse Brezang gibt unter obigen Titel zum ersten Male eine Sammlung Gedichte heraus; es sind sorgfältig gewählte Erzeugnisse seiner Muse, vorzugsweise Lydenz- und rein lyrische Gedichte, die in fünf Abteilungen gegliedert sind: Soziale Gedichte — Aus Natur und Wanderschaft — Liebe — Lieder vom Meer — Vermischte Gedichte. Brezang bietet den Partiegenossen ein feinkinniges Büchlein dar, das einen tiefen Einblick in das Schaffen eines warmherzigen, mit dem Proletariat fühlenden Dichters gewährt, der, selbst Proletarier, so eigene Worte hat für das, was das arbeitende Volk erregt, bedrückt und doch wiederum über das Alltägliche erhebt. Wir möchten das Buch als eine gemüßreiche Lektüre allen empfehlen, die nach den harten Kämpfen des Tages noch eine Stunde finden, mit unserem Poeten zu gehen. Sie werden erfrischt das Tageswert wieder aufnehmen.

Im Verlage von J. S. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: „Volkswirtschaftliche Grundbegriffe mit besonderer Berücksichtigung der ökonomischen Grundlehren von Karl Marx. Als Leitfaden für Unterrichtskurse von Dr. Hermann Dunder. 60 Seiten. Preis gut gebunden 40 S. Ueber die Gründe, die ihn zur Abfassung des Leitfadens veranlaßten, schreibt der Verfasser in seinem Vorwort unter anderem folgendes: „Mehrere teilten mir meine Hörer und Schüler den Wunsch mit, ein Büchlein zu besitzen, das den Gebankengang der acht Vorträge meines Unterrichtskurses „Volkswirtschaftliche Grund-

begriffe“ wiedergäbe und sie gleichzeitig in den Stand setze, an der Hand wichtiger Zitate und Hinweise das Gehörte privatim oder in kleineren Besen und Diskussionskreisen — zu denen erfreulicherweise vielerorts die Schüler zusammengetreten sind — zu befestigen und zu ergänzen. Wie meinen Schülern möchte das Büchlein auch den Besten ähnlicher Kurse kurzgefaßtes Material und einige Fingerzeige geben.“

Le Traducteur (16. Jahrg.), The Translator (5. Jahrgang), El Traduttore (1. Jahrg.), Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. — Gediegene Aufsätze und Erzählungen klassischer und moderner Autoren wechseln mit Gesprächen aus dem täglichen Leben ab, die in ausgiebiger Weise der Umgangssprache Rechnung tragen. Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Herzliche Bitte.

Mein Sohn, der Malergehülfe Carl Hermann Wedler, 18 Jahre alt, Größe 1,72 Meter, linke Hand große Narbe, ist seit dem 17. Oktober verschwunden. Sollte derselbe irgendwo angetroffen werden, so bitte ich, ihn der Polizei zu übergeben und mich telegraphisch zu benachrichtigen. Halle a. S., Reideburgerstr. 2 d II.

Carl Wedler, Agl. Zugführer.

Sterbetafel.

Breslau. Seinem Leben freiwillig ein Ende setzte infolge Nervenleidens der Kollege Julius Schüller. Ehre seinem Andenken!

Vereinsteil.

Bekanntmachung.

Die bis heute gemeldeten Vorstands- und Ersahwahlen werden bestätigt.

Vor dem Malergehilfen Robert Wilbe, geb. 1884 in Potsdam, zuletzt in Greifswald, wird gewarnt. Betreffender hat sich das Mitgliedsbuch für den Kollegen R. Koch, geb. am 7. Juli 1888 in Freienwalde, eingetretten in Greifswald am 26. Juli 1908, rechtskräftig angeeignet. Sollte das Buch irgendwo aufgegriffen werden, so ersuchen wir, dasselbe an die Hauptkasse einzusenden.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen: Heinrich Jermers, Buchn. 35453, bez. bis 29. W. 08 (Greifswald); Aug. Weiß, Buchn. 46459, bez. bis 37. W. 08 (Frankfurt a. M.); Aug. Urtmann, Buchn. 47986, bez. bis 30. W. 08 (Kulmbach); Alfred Rettung, Buchn. 21652, bez. bis 42. W. 08 (Berlin); Willy Klemke, Buchn. 54416, bez. bis 37. W. 08 (Berlin).

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 27. Oktober bis 2. November.

Für das 4. Quartal gingen ein: Schaffhausen A 2.90, Schwemningen 10.80, Lüdenscheid 80, Düsseldorf 200, Seebach 23.60, Saarbrücken 150, Essen 500, Dabos 16.20, Freiburg 200; Göllich 100.

Material wurde versandt. W. = Beitragsmarken. G. = Eintrittsmarken. W. = Vereins-Anzeiger-Marken. F. = Futterale. Br. = Broschüren. R. = Kalender. M. = Markenmappen.

Berlin 50 000 W. a 20 S; Bremen 800 W. a 60 S; 10 000 W. a 20 S; Bremerhaven 25 R., 7 W., 1 Br. a 90 S, 1 Br. a 20 S; Colmar 200 W. a 60 S, 800 W. a 35 S; Danzig 4000 W. a 20 S, 30 R.; Düren 800 W. a 20 S; Düsseldorf 20 R.; Eisenach 1200 W. a 20 S; Frankfurt a. D. 20 R., 400 W. a 20 S, 20 G.; Gießen 200 W. a 55 S; München-Glabach 400 W. a 20 S; Greiz 1000 W. a 20 S, 20 R.; Hamburg 250 R.; Heilberg 800 W. a 20 S; Herford 50 G.; Jena 10 R.; Kassel-Lawern 600 W., 30 R.; Karlsruhe 30 R.; Kiel 50 R.; Kempen 400 W. a 25 S; Leipzig 10 000 W. a 20 S, 50 R.; Liegnitz 20 R.; München 300 W. a 20 S, 10 G. (für Frauen), 6 W.; Neumünster 16 R., 800 W. a 60 S; Nowawes 400 W. a 60 S; Nürnberg 10 000 W. a 20 S; Osnabrück 20 R.; Pforzheim 30 R.; Pirmasens 10 R.; Rathenow 10 R.; Schweinfurt 20 R., 1 W.; Waldenburg 200 W. a 55 S, 30 R.; Wilhelmshaven 200 W. a 60 S, 15 R.; Weiswasser 200 W. a 50 S, 400 W. a 20 S, 10 G.; Wernigerode 12 R.; Zittau 35 R.

Verichtigung: In voriger Nummer muß es heißen: Göttinge 2000 W. a 20 S; Hensburg 15 R.; Lüdenscheid 400 W. a 25 S; Reiz 800 W. a 35 S.

S. Wenker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands (Eingelieferte Beiträge Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 25. bis 31. Oktober 1908.

Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingekandt von Daur-Eßlingen 50 M.; Wesser-Friedrichshagen 100 M.; Weisfel-Karlsruhe i. Baden 150 M.; Rühlmann-Lergau 49.10 M.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgefordert an Böhle-Königsberg i. Pr. 100 M.; Wendelmühl-Weimar 100 M.; Dieder-Begeled 100 M.; Wilhelm-Galberstadt 50 M.; Wagoner-Vertrath 30 M.; Rousseau-Nachen 200 M.

Krankengelber erhielten Buchn. 18844, G. Hohensee in Zantach, 6.30 M.; Buchn. 19876, C. Jung in Weiden i. W., 18.90 M.; Buchn. 18807, B. Bülow in Pittlich in Lauenburg, 27.30 M.; Buchn. 25734, M. Erlmann in Sameln, 12.60 Mark; Buchn. 22371, W. Ketsch in Burg Daber bei Wittstod a. Dosse, 25.20 M.

Die Protokolle der letzten Generalversammlung sind an alle Verwaltungen versandt worden und sind gratis an die Mitglieder zu verholgen. Sollte eine Verwaltung diese Protokolle nicht erhalten haben, oder nicht genügend, dann bitte ich um Mitteilung. J. S. Anle, Hamburg 22, Schmalenbederstr. 17.

Ortskrankenkasse der Maler und verw. Gewerbe zu Berlin
 Montag, 16. November, abends 8-9 Uhr
Mitglieder-Vertammlung

im Kassentotal Spandauerstrasse Nr. 5.
 Tages-Ordnung: 1. Erfahrungswahl von 4 Delegierten (Arbeitgeber). 2. Erfahrungswahl von 33 Delegierten (Arbeitnehmer).
 M 2.60] Der Vorstand.

Ein gut gehendes
Maler und Anstreicher-Geschäft

am Niederrhein (Kreis Geldern) ist wegen Aufgabe des Geschäfts preiswert nebst Wohnhaus und Garten zu kaufen. Jährlicher Umsatz von 3-4000 Mk. Material. Lage günstig, gute Kundschaft wird zugesichert. Offert. unter H. H. an die Exped. des Vereins-Anzeiger.

Malergeschäft

Gutgehendes Malergeschäft ist in einer größeren Stadt Ostprens (32000 Einw.) unter sehr günstigen Bedingungen zu kaufen. Schönes Wohnhaus mit großer heller Werkstatt, breiter Auffahrt und Hintergarten. Günstige Lage am Orte. Anzahlung 2-3000 Mk., restliche Arbeit für den Winter. Offerten unter A. W. an die Expedition dieses Blattes.

Jüngerer Lackiergehülfe

für die hiesige Wagenlackiererei sofort für dauernde Beschäftigung gesucht. Offerten nebst Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an die Betriebsleitung der städt. Straßenbahn in Rheidt.

Adolf Wegelmaler,

als malerische Besen. Danmstr. 10, II. [M 1.60]

Tages- u. Abendunterricht

in Holz- und Marmorarbeiten.
 H. Maubs, Altona, Alsenplatz 1, III.
 Prospekt frei.

Nur eigene Fabrikate

Maler-Mäntel

nur eigene Fabrikate, erprobte Qualitäten, bequemster Sitz mit praktischen Taschen und Pinselhalter

Männer-Größen:
 Qual. IV Qual. III
 Mk. 2.50 Mk. 2.75
 Qual. II Qual. I
 Mk. 3.00 Mk. 3.50

Lehrlings-Größen
 10 Proz. billiger.
 Nessel-Hosen und Jacken
 per Stück Mk. 2.00.
 Dreil-Hosen Mk. 1.50, 2.50, 3.50.
 Als Masse erbitte sogen. Militärgröße oder Rückenbreite eines Rockes.
 Versand über ganz Deutschland.
 Berufskleidungs-Fabrik
Julius Hammerschlag,
 Halle a. Saale, Gr. Ulrichsstr. 36.
 Vertreter gesucht.

ERFENDIPLOM U. MEDAILLE
 HÖCHSTE AUSZEICHNUNG

I. Bergische Spezialschule für Holzmalereien.

Höchst prämiert, viele Med. u. Ehren dipl. Erfolg garant. Prospekt frei!

MÜNCHEN 1905

Carl Th. Reichenberg, Romscheid-Hasten (Rhld.)
 Schüler erhielten auf Ausstellungen hohe Auszeichnungen.

Gebr. C. u. H. Dreier,
 Bremerhaven, Grabenstr. 22.
 Schule für Dekorationsmalerei, Holz- und Marmor-Imitation, sowie für Schriften, Matt und Glanzvergoldung.
 Wintersemester: 1. November bis 31. März
 Prospekt gratis und franko.

Malerkalender
 für 1909

Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Läufer und Weißbinder Deutschlands. — 8. Jahrgang.

Aus dem Inhaltsverzeichnis heben wir u. a. hervor: Aus unserem Verufe, Normaltarif, Uebersicht über die Lohverhältnisse und Arbeitszeit unserer Filialen, Kartellvertrag, Adressenverzeichnis, Reichsvereinsgesetz, Gesundheitsgefährliche Farben, Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Agitationskommission, Gewerkschafts-Prese Deutschlands, Internationale Gewerkschaftssekretariate, Gedichte, Statistisches, Verschiedenes, Zeitungs-Fremdwörter und politische Schlagworte. — Der Preis beträgt pro Exemplar 60 Pfennig. Bei Partiebezug von mindestens 10 Exemplaren wird den Filialvereinigungen das Stück zu 55 Pf. verrechnet, jedoch 5 Pf. für Posttagelohn verbleiben. Bei Bestellungen von weniger wie 10 Exemplaren kommt der volle Betrag in Anrechnung. Jeder Einzelbestellung von Mitgliedern sind 10 Pf. für Porto extra beizulegen. Bestellungen sind eingehend an den Vorstand zu richten.

Malerschule gegründet 1896
 städt. subv. unter staatl. Aufsicht
Hameln a. d. Weser.
 Erfolgreicher Unterricht in der Dekorations-, Holz- und Marmorarbeiten, sowie Vorträge, Buchführung, Berechnung von Arbeiten etc. durch 5 bestätigte Fachlehrer. Separato Lehrsäle. Prospekte frei durch den Direktor.

Zum Selbstunterricht!
 Neue Holz- und Marmorarbeiten.
 Serie I Holzmalereien 3. Auflage Mk. 18.00 | Druckfläche 32x48 cm.
 Serie II Marmorarbeiten 2. Auflage Mk. 15.00 | Beide Mk. 32.00.
 Porenrollen per Paar (1 u. 2 1/2 Zoll) Mk. 6.00, einzelne 3 Zoll Mk. 4.50.
 Sämtliche Pinsel etc. für die Holz- und Marmorarbeiten!
 Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19.
 Spezialschule für Holz- und Marmorarbeiten.
 Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März.
 — Prospekte gratis und franko. —

Neuester Erfolg: Einer unserer Schüler erhielt nach 4 1/2-monatlichem Unterricht für seine Leistungen die Berechtigung zum einjährigen Dienst.

Rheinländische Berufskleidung
 Ist anerkannt die Beste.
 1. Verkaufsstelle: Berlin N., Brunnengasse 119.
 2. Berlin N., Invalidenstr. 2.
 Eigene Fabrik. — Versand zu Fabrikpreisen. — Versand nach außerhalb.
Maler-Kittel
 prima Messel 110 120 130 140 extra schwerer 110 120 130 140
 mit schrägen Taschen 2.25 2.50 2.50 2.75 Mk. Messel od. Copier 3.25 3.25 3.50 Mk.
 Dreil-Hosen und Jacken Mk. 1.50, 2.45, 3.50.

Schmid-Engweiler's
Holz- und Marmor z. Selbstunterricht
 20 Blatt (über 60 Sorten) prachtvolle Naturfarben-Drucktafeln, Vorlagen für die Kundschaft, in reichhaltig. Einteil. Leisten und G simsen etc. samt reichillustr. Textbuch mit gründlicher Anleitung **Mk. 16** auch **Serienweise** je fünf Blatt Mk. 4.—, alles in eleganter Mappe Textbuch allein Mk. 4.—.
Höchst prämiert! Paris, Liège, Mailand etc.
 Zu beziehen bei **H. Schmid-Engweiler, Zürich, Erste Schweiz. Malerschule**
 Illustrierte Prospekte gratis. — Eintritt jederzeit.

Erstklassige Kölner Holz- und Marmorarbeiten
Georg Haaf, Köln a. Rh., Gr. Brinkgasse 9.
 Leistungsfähigste Schule am Platze. Prämiert auf dem Schleswig-Holsteinischen Malertag (für 8 Schülerarbeiten nach Abolvierung eines Wintersemesters) in Itzehoe 1. März 1908. Prämiert Ost- und Westpreussischer Malertag Grandenz August 1908. Zahlreiche Ehrendiplome, Anerkennungen und Dankschreiben von Schülern. Keine Zeitverschwendung. Für gute praktische Ausbildung Garantie. Beginn 1. November — 15. Febr.
 Reich illustrierten Prospekt gratis.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren.
 Prospekt über das rühmlichst bekannte

Mahlers Fondin
 Mahler & Co., Bamberg II.
 versendet gratis und franko

Fach-Schule für Holz- u. Marmorarbeiten
M. Nabben, Düsseldorf, Ankerstrasse 118.
 Gegründet 1896. — Prämiert mit höchsten Auszeichnungen und Medaillen.
 Dortmund 1906 Schüler 1. und 2. Preise. Prospekt frei.
Porenwalze D. M. G. M. Paar 8 Mark.

Aufklärung!
 Sie erleben eine grosse Ueberraschung und keine Enttäuschung, wenn Sie glauben, dass nicht in jeder Schule für Holz- oder Marmor-Malerei 2-3 Monate Unterricht nötig sind und kommen selbst zu der Ueberzeugung, dass jeder

nur 1 Monat

zur gründlichen Erlernung der notwendigsten 6 Holz- oder 4 Marmorarten bei Fr. Schott bedarf, wenn Sie den neuesten reich illustrierten Prospekt mit Schülerarbeiten bei **Fr. Schott** (Spezial-Schule d. Br.) **Schwerin i. M.** 5 kostenlos verlangen.

Lager in prima Pinseln,
 Masondbürsten, Seibern, Farbseifen, Lacken,
 Farben, Schablonen und Pauspapier.
 Spezialgeschäft in vollständiger Einricht.
 von Malerwerkstätten. Solide Ware bis
 billigster Berechnung.
 Nürnberg,
P. Steel, Obere Wörthstr. 12.

Unterricht
 in Holz- und Marmorarbeiten
 abends und Sonntags, per Monat 11 Mk.,
 am Tage 4 mal wöchentl. " " 15 "
A. Clauss,
 Altona, Binneberger Chaussee 65, II.
 Total: Hamburg, Niedernstraße 64.

Detmolder Malerschule
 Jüngste Auszeichnung 1908
 Staatsmedaille.
 Dekoration, Holz, Marmor etc.
 Prospekte u. Abbildungen franko.

Holz- und Marmorarbeiten
 von **C. Christen, Hamburg,**
 Sfflandstr. 67, S. 2, III.
 Prospekte gratis.

Für 1 M. (Porto 20 Pf. extra) 1
 20 schöne Malvorlagen (Blumen, Früchte,
 Landschaften, Figürliches etc.) früherer
 Wert 8-10 M.
Für 3 M. (Porto 50 Pf. extra) 1
 20 schöne grössere Malvorlagen (Blumen,
 Früchte, Landschaften, Amoretten-Kom-
 positionen, Figürliches etc.) früherer Wert
 20-25 M. **E. Haberland** in Leipzig-R.

Malerschule Buxtehude
 Grösste Schule für Dekorationsmalerei.
 1907 wieder goldene Medaillen und
 Ehrenpreise.
 Progr. d. Direktor **Eiserweg.**

Malerschule
 für Holz- und Marmor-Imitation
 von **A. Priesshau, Dammelsburg (Bayern).**
 Gründliche in der Praxis bewährte Aus-
 bildung. — Beginn des Kuriums vom
 15. November 1908 bis 1. März 1909.
 Prospekt gratis.

Epochemachende Erfindung!
 Deutsches Reichspatent No. 191582.
Swierzy-Malerei
 Das Porträt der Zukunft!
 Farbige Gemälde direkt auf Malleinen
 nach jeder Photographie, z. B. 30/40 cm
 auf Keilrahmen **Mk. 10.—.** Absolute
 Aehnlichkeit garantiert.
 Täglich hervorragende Anerkennungen.
 Preisliste gratis und franko.
Richard Swierzy, Ges. m. b. H.
 Berlin C., Wallstr. 89.
Grosser Nebenverdienst!

Maler-Mäntel,
 beste Qualität mit schrägen Taschen und
 Umlegeflappen. Nur eigenes Fabrikat.
 110 120 130 140 cm lang
 jezt 2.75 2.90 3.10 3.25 Mk.
 Hosen aus Nesselstoff 2.— Mk. Mützen 40 Pf.,
 Dreil-Hosen und Jacken à 2.80 Mk., Extra-
 Größen 3.— Mk. 11. Qualität 25 Pf. billiger.
 Wir bitten Oberweite und Schrittlänge
 anzugeben.
D. Wurzel & Co., Berlin,
 Brückenstrasse 13, I.

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—.
 Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc.
Ph. Brühl, Geessen i. Westf.

Malerschule
 von **Willy Schüss,**
 Hamburg 15.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 44
 des Korrespondenzblattes für die Bevoll-
 mächtigten unserer Filialen bei.

Für die Redaktion verantwortlich **M. Mart**
 Hamburg, Schmalenbekerstr. 17.
 Verlag von **S. Wentker, Hamburg 22.**
 Druck von **Friedrich Meyer, Hamburg 23.**